

Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT



**Freie
Hansestadt
Bremen**
Der Senator für Inneres und
Sport



SACHSEN-ANHALT
Ministerium des Innern

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die NPD ist unstreitig eine Bedrohung für unsere Demokratie. Wo sie auftritt – ob in Parlamenten, in Wahlkämpfen oder im selbst ausgerufenen „Kampf um die Straße“ –, stellt sie die Werte einer offenen Gesellschaft in Frage, hetzt gegen Andersdenkende und Ausländer, verleugnet die Verbrechen der NS-Diktatur und schürt antisemitisches Gedankengut. Gegen die braune Propaganda setzen sich Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern engagiert zur Wehr. Dieses Engagement unterstützen wir mit allen Mitteln des demokratischen Staates.

Unsere Verantwortung als Innenminister und -senatoren ist es darüber hinaus aber auch zu beobachten, ob die Umtriebe der NPD gegen die Demokratie eine kritische Schwelle überschreiten. Wir zeigen mit dem hier präsentierten Material, das ausschließlich aus öffentlich zugänglichen Quellen stammt: Bei der NPD kommen ein systematisches Vorgehen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, ein ungebrochenes Verhältnis zur Gewalt- und Willkürherrschaft des Nationalsozialismus und eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung zusammen. Das bedrohliche Potential der NPD wird hier auf aktuellem Sachstand aufgezeigt.

Wir wollen damit einen erneuten Anstoß für die politische Debatte geben. Auseinandersetzungen innerhalb der NPD um taktische Nuancen können ebenso wenig über die gefährlichen Absichten der Partei hinwegtäuschen wie aktuelle Finanzprobleme.

Berlin, den 4. Mai 2009

Dr. Ehrhart Körting

Senator für Inneres und Sport des Landes Berlin

Ulrich Mäurer

Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen, Vorsitzender der Innenministerkonferenz

Karl Peter Bruch

Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Holger Hövelmann

Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt

Lothar Hay

Innenminister des Landes Schleswig-Holstein

Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) wurde 1964 gegründet und ist eine bundesweit agierende Organisation mit Unter- bzw. Nebengliederungen auf räumlicher (Bund, Land, Kreis), sachlicher („Kommunalpolitische Vereinigung“, Ordnerdienst) und sozialer Ebene („Junge Nationaldemokraten“ <JN>, „Nationaldemokratischer Hochschulbund“, „Ring Nationaler Frauen“). Sie tritt zu Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene an, veröffentlicht monatlich eine Parteizeitung („Deutsche Stimme“, Auflage: 21.000 Exemplare) sowie stetig aktualisierte politische Programme und verfügt über eine organisierte und aktive Mitgliedschaft (Stand Dezember 2007: etwa 7.200 Personen). Bei den Wahlen in Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) ist ihr der Einzug in den Landtag gelungen. Die Parteizentrale und Bundesgeschäftsstelle befindet sich in 12555 Berlin, Seelenbinderstr. 42 (Treptow-Köpenick). Der letzte Bundesparteitag fand am 11. und 12. November 2006 ebenfalls in Berlin statt.

Die NPD ist eine politische Partei im Sinne von Art. 21 GG i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 1 PartG. (BVerfG, 2 BvR 1387/07 vom 08.10.2007, zitiert nach Juris)

Es besteht der begründete Verdacht, dass die Partei darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Dazu gehören Angriffe auf Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie, insbesondere auch die Parteien und den Parlamentarismus, sowie die Ablehnung ihrer zivilisatorischen Grundlegung in den Menschenrechten, insbesondere der universellen Werte von Freiheit und Gleichheit. Des Weiteren hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil gegen die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) ausgeführt, dass eine Partei den Verbotstatbestand des Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG erfüllt, wenn sie in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der NSDAP aufweist.

Der Nachweis der verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfolgt über die Ziele der Partei oder das Verhalten ihrer Anhänger. Die Zielsetzungen ergeben sich in der Regel aus dem Programm, sonstigen parteiamtlichen Erklärungen, Schriften der von der Partei als maßgeblich anerkannten Autoren, Reden der führenden Funktionäre, Schulungs- und Propagandamaterial sowie aus von der Partei herausgegebenen oder beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften. Auch das Verhalten der Parteiorgane und der Anhänger kann Schlüsse auf die Zielsetzung zulassen. Eine Dokumentation der Zielsetzung ist nicht erforderlich. Geheime Zielsetzungen

sind rechtserheblich, sofern sie beweisbar sind.¹ Aktionen einzelner Mitglieder und Anhänger können einer Partei zugerechnet werden, wenn sie aus einer „Grundtendenz“ erwachsen, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnend oder sogar feindlich gegenüberstehen. Einzelfälle, namentlich „Entgleisungen“ einzelner Mitglieder und Anhänger genügen nicht zur Anwendung des Art. 21 Abs. 2 GG.² Einer Partei ist das Verhalten ihrer Anhänger – das sind nicht nur Mitglieder – zuzurechnen, wenn sie durch ihre Organe dazu aufruft oder sich dazu bekennt, aber auch wenn sie es duldet, obwohl Gegenmaßnahmen (Parteiausschluss, Ordnungsmaßnahmen, Lösung einer organisatorischen Verknüpfung, öffentliche Distanzierung) möglich und zumutbar sind.³

Im Folgenden werden Belege aus allgemein zugänglichen Quellen für den Verdacht von verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NPD aufgeführt und kommentiert.

1 Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung lässt sich nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts als Ordnung bestimmen,

„die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition“.⁴

1 BVerfGE 5, 85 [144].

2 BVerfGE 5, 85 [143].

3 Klein, Rn. 540; Streinz, Rn 337.

4 BVerfG E2, 1 [12 ff]; Verweis darauf in E 5, 85 [140].

Ideologisch-programmatische Grundlage der NPD ist ein spezifisches Menschenbild, aus dem die Ablehnung des zivilisatorischen Grundrechtekanons von individueller Freiheit und Gleichheit folgt und – darauf basierend – die Ablehnung des Systems der repräsentativen Demokratie, seiner Institutionen und Akteure. Im Folgenden sollen daher zwei Kategorien der Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung unterschieden werden: Äußerungen gegen die Menschenrechte, insbesondere völkischer, nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Natur, zweitens Äußerungen gegen die demokratischen Institutionen und Akteure, insbesondere die Parteien und den Parlamentarismus, den Rechtsstaat sowie die Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz an sich.

1.1 Äußerungen gegen die Menschenrechte

Die Grundlage von Ideologie und Programmatik der NPD liegt in einem biologistischen und kollektivistischen Menschenbild. Biologistisch ist es, weil es Identität und Status von Menschen aus vermeintlich natürlichen Unterschieden ableitet, kollektivistisch, weil der Mensch als Gemeinschaftswesen definiert wird, das in der mit dem Volk identischen Nation seinen höchsten ethischen Wert findet. Der Mensch existiert demnach nicht als Individuum, sondern nur als Teil eines Volksstammes. Aus diesem angeblich „lebensrichtigen Menschenbild“⁵ folgt die Ablehnung der universellen zivilisatorischen Prinzipien von individueller Gleichheit und Freiheit, die als „Liberalismus“ abqualifiziert werden. Werte und Normen seien nicht universell, sondern völkisch geprägt.

Neben spezifischen Negierungen einzelner Elemente werden die Menschenrechte in ganz allgemeiner Form angegriffen und diffamiert:

„Menschenrechts-Lüge. Objektive Menschenrechte gibt es nicht; vielmehr sind die sogenannten ‚Menschenrechte‘ ein ideologisches Konstrukt, das im Gefolge der französischen Revolution und verstärkt im Zuge der Weltanschauungskonflikte des 20. Jahrhunderts formuliert wurde und das am Beginn des 21. Jahrhunderts als universales Rechtfertigungsvehikel einer globalen Intervention- und Einmischungspolitik zur Aushebelung nationaler Souveränitätsrechte dient.“⁶

⁵ Parteiprogramm, Grundgedanken.

⁶ Deutsche Stimme 10/2005, S.10 [BABIC, Safet].

„(...) die Grundrechtsbestimmungen (des Grundgesetz) tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich.“⁷

„(...) die ‚Dresdner Schule‘ (lehnt) die Fiktion der sogenannten ‚Menschenrechte‘ vehement ab; sich bietende Möglichkeiten eines ‚Roll back‘ wird sie fallweise und aus grundsätzlichen Erwägungen unterstützen.“⁸

„So wie sich die Kunst dem figurativen, dem gegenständlichen Schaffen wieder zuwenden muß, so wird sich die Politik den Menschen zuwenden müssen und somit dem ehernen Prinzip der individuellen und ethnischen Ungleichheit.“⁹

Das „lebensrichtige“ Menschenbild als Gegenentwurf der NPD wird wie folgt begründet:

„Das wirkliche Menschenbild trägt der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsbundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform, sowie den Völkern, Rechnung.“¹⁰

„Der Mensch an sich existiert nicht, deshalb sind wir nicht unterschiedslos einfach Menschen, wie sie die multikulturalistischen Völkerverächter behaupten. Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“¹¹

„Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen.“¹²

Nicht die Würde des Menschen und die unveräußerlichen Menschenrechte sollen nach Willen der NPD den Staat verpflichten, sondern das deutsche Volk als Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft. Dahinter verbirgt sich das Streben nach einer totalitären Volksherrschaft

7 Argumente (1. Auflage, 2005), S. 24 [RICHTER, Karl].

8 Internetauftritt der NPD Sachsen, 09.05.2007.

9 Deutsche Stimme 9/2006, S.2 [MOLAU, Andreas].

10 Internet-Lexikon der NPD, aufgeführt im Jahresbericht der LfV SH 2006, S.19

11 Argumente, S.14.

12 Argumente, S.14.

in der insbesondere Andersdenkende, Ausländer und Minderheiten ausgegrenzt werden. Hier lebende Menschen fremder Abstammung werden nicht zum Volk gezählt und dadurch wesentlicher Rechte beraubt. Die Menschenwürde und die Grundrechte werden als oberste Prinzipien der Staats- und Gesellschaftsordnung durch den Begriff des Volkes, der Rasse und der Kultur ersetzt. Insofern steht die NPD in der Tradition der Nationalsozialisten.

1.1.1 Völkischer Kollektivismus, aggressiver Nationalismus

Die NPD kritisiert einerseits eine „Kultur der Beliebigkeit“ und deren „gemeinwohlschädigenden Individualismus“¹³, andererseits das „Dogma der angeblichen Gleichheit aller Menschen“¹⁴, das „im Widerspruch zum Primat der Leistung, wie auch zur Realität intelligenzmäßiger Differenziertheit in der Gesellschaft“¹⁵ stehe. In Abgrenzung zum Menschenbild des Grundgesetzes und seiner Garantie individueller Bürgerrechte propagiert die NPD einen Lebensentwurf, der die „natürliche Ungleichheit der Menschen“¹⁶ berücksichtige und dem Einzelnen in der Gemeinschaft den Platz zuweise, „der ihm zusteht“¹⁷. Dabei lehnt sie „jede die Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung‘ und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus“¹⁸ ab. Dagegen setzt die NPD ein Konzept des „völkischen Gemeinschaftslebens“¹⁹, deren Fundament die klassische Familie bilde, die „lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen“ und „Träger des biologischen Erbes“ sei. In ihr würden die Muttersprache gelehrt sowie Kultur und Bräuche vermittelt.²⁰

„Die Ursachen dieser sozialen Krise sind die Zerstörung der Familie und die Auflösung der Völker, also aller gewachsenen Gemeinschaften. Die Entwurzelung des Einzelnen sowie die Überfremdung und Auflösung der Völker sind die Voraussetzungen für den herrschenden Egoismus. Damit aber ist die Grundlage für eine sozial gerechte Ordnung beseitigt worden.“²¹

13 Argumente, S.30.

14 Parteiprogramm, Punkt 13.

15 Aktionsprogramm, S.61.

16 Parteiprogramm, Punkt 13.

17 Parteiprogramm, Punkt 2.

18 Parteiprogramm, Punkt 2.

19 Aktionsprogramm, S.31.

20 Parteiprogramm, Punkt 2.

21 Aktionsprogramm Berlin, Präambel.

„Wir sagen ja und möchten Ihnen den richtigen Weg aufzeigen! Wir müssen eine moralisch begründete Familienpolitik schaffen. Eine unserer Art und Kultur entsprechende biologische Politik, die die Erhaltung der deutschen Familien als unersetzliche und gottgewollte Maßnahme zur Sicherung unseres Bestandes ansieht. Denn erst wenn wir wieder unsere ur-deutsche Familienordnung geschaffen haben, wird unser Volk ewig bestehen und unsere Kultur aufblühen können. Um eine gesunde Familienordnung zu erhalten, benötigen wir solide und steigende Geburtenrate. Die Anzahl der Wiegen muss stets weit größer sein als die Zahl der Särge! Jedoch wird der Kampf um eine deutsche Zukunft für unser Volk und unsere Kinder, Tag für Tag härter und aussichtsloser.“²²

„Das alles wird gefördert von einer Kultur der Selbstsucht, in der einer gegen alle kämpft und die Gemeinschaft nichts zählt. Solidarität, Heimat, Volk, Kultur sind zu Fremdwörtern geworden, die durch Geld, Besitz, Spaß und Ich-Denken ersetzt wurden. Wir haben keine Lust eines Tages in einer wertfreien, totalitären Demokratie aufzuwachen, die soziale Verantwortungen und Volksgemeinschaft nur aus den besseren Zeiten und Geschichtsbüchern kennt.“²³

Das Versprechen, dass alle Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems in der Volksgemeinschaft überwunden werden können, negiert, dass die einzelnen Angehörigen des Volkes naturgemäß divergierende Interessen haben. Während das bestehende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System diese divergierenden Interessen anerkennt, nach Lösungsmöglichkeiten sucht und um Konfliktbeilegung bemüht ist, sollen diese partikularen Interessen nach dem Willen der NPD überwunden werden. Ein solches Ansinnen wird nicht ohne weitreichende repressive Maßnahmen durchführbar sein, insbesondere zu Lasten der Vereinigungsfreiheit, aber auch der Freiheit der Berufswahl (Art. 9, 12 GG).

Der geistige Orientierungspunkt des Gemeinschaftsentwurfs der NPD ist die Nation als „höchster ethischer Wert“²⁴. Die Nation ist dabei definiert als eine „organisch gewachsene Gemeinschaft körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und

22 Internetauftritt der NPD LV Bremen, „Brief an Eva Hermann“ (sic!), 13.11.2007.

23 Nationaler Beobachter, 31.03.2007.

24 Argumente, S.27.

Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal²⁵ und Nationalismus als „das politische Bestreben, die Identität, die Souveränität und die Solidarität eines Volkes zur Grundlage eines Gemeinwesens zu machen“.²⁶ Mensch könne der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist²⁷, daher laute der „nationale Imperativ“: „Ein Volk, ein Staat...“²⁸

„Neben der Familie und der Region spielt das Volk eine entscheidende Rolle bei der Verwurzelung und Rollenzuweisung des Menschen. Durch gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur entsteht eine Gemeinschaft, mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist. Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört. Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten.“²⁹

„Solidarismus ist nur innerhalb einer homogenen Bevölkerung möglich. Der Nachbar muß als gleichartig empfunden werden. Empfinde ich ihn als fremd, gibt es keine Ehrenämter mehr, keinen Idealismus, Einsatz fürs Volk, sondern Vetternwirtschaft und Korruption. Brasilien mit seinem Rassen-Chaos und seiner beispiellosen Korruption beweist dies, ebenso wie bei uns ‚Multikulti‘ zu wachsender Korruption geführt hat.“³⁰

„In einem großen Schmelztiegel verkocht alles, bis aus Weißen und Schwarzen ‚Graue‘ geworden sind. Diese entwurzelten und vereinsamten Einheitsmenschen sind dann wehrloser Spielball von Regierungen, Medien und Wirtschaft, weil sie keine schützende Gemeinschaft mehr bilden können. Diese ethnokulturellen Kastraten finden sich dann in einer kalten, egoistischen Wohlstandsgesellschaft wieder, in der jeder gegen jeden kämpft und das Recht des Stärkeren regiert, weil es keine nationale Solidarität und kein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl mehr gibt. Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch. Mensch kann der Mensch nur

25 Argumente, S.13f.

26 Argumente, S.27.

27 Argumente, S.8.

28 Argumente, S.27f.

29 Aktionsprogramm, S.12f.

30 Deutsche Stimme 5/2007, S.20 [RIEGER, Jürgen].

da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann.³¹

„(...) nur der Nationalstaat (ist) der geopolitische Raum einer volklichen Selbstherrschaft, nur der Nationalstaat bringt staatliche Grenzen und Geltungsmacht mit nationalen Interessen und Wir-Gefühlen zur Deckung.“³²

„Nur ethnisch geschlossene Gesellschaftskörper mit geringem Ausländeranteil sind solidar- und belastungsfähig, nur sie können positive Gemeinschaftskräfte zur Krisenbewältigung entwickeln.“³³

Demnach könne nur das deutsche Volk „Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft“ sein.³⁴

Dieses Prinzip sei heute jedoch „von innen und außen bedroht.“³⁵ Die NPD trete daher für „eine Ordnung ein, die sich an den Interessen der Völker und souveräner Nationalstaaten in ihren angestammten Lebensräumen orientiert.“³⁶ Sie beruft sich vordergründig auf ein Konzept des „Ethnopluralismus“, vertritt in der Diktion jedoch einen aggressiven Nationalismus.

„Der Staat ist Handlungsorgan des Volkes, der auf der Basis der Volkssouveränität die Interessen des Volkes wahrnimmt. Die NPD strebt eine Abänderung der Präambel des Grundgesetzes an, die auch das Volk als schützenswertes Objekt definiert, das Rechtspersönlichkeit besitzt. Die Würde und die Existenzsicherung des deutschen Volkes sind im Grundgesetz als wesentliches Staatsziel festzuschreiben. Bestimmte Verstöße gegen dieses Staatsziel sind zur Straftat zu erklären.“³⁷

„Wenn man uns vorwirft, oder mir vorwirft, ich sei radikal, dann antworte ich diesen Dummköpfen: Was uns radikal bedroht, dem kann man nur mit Radikalität abhelfen und das wollen wir gemeinsam schaffen in den nächsten Jahren. Und das ist nicht kriminell,

31 Argumente, S.7f.

32 Argumente, S.28.

33 Argumente, S.7.

34 Aktionsprogramm, S.12ff.

35 Argumente, S.27f.

36 Aktionsprogramm, S.76.

37 Aktionsprogramm, S.48.

sondern das ist, wenn wir weiter leben wollen als Volk mit deutschem Antlitz, ein Muss. Sonst wird es in 50 Jahren hier auf diesem Platz vielleicht Hottentotten-Tänze geben, aber keine deutschen Frauen und Männer mehr. Und wir haben verdammt nochmal die Verpflichtung uns einzusetzen für die Zukunft unseres Volkes. Wir wollen ein Naturrecht. Wir wollen nichts anderes als bleiben, was wir sind: Deutsche. Wir wollen behalten was uns gehört, liebe Freunde: Deutschland.³⁸

„Die ‚Dresdner Schule‘ sagt den Multikulturalisten und Umvolkern den politischen Kampf an (...) Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen (...) Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht. Die Umvolkungspolitik reißt aber auch die Ausländer aus ihren volklichen Lebensgemeinschaften heraus und entfremdet sie ihrer eigenen Heimat, Herkunft und Identität. Am Ende dieser planvollen Multikulturalisierung steht eine Masse von ethno-kulturellen Kastraten, die zu einer erbärmlichen Existenz als Wanderer zwischen den Welten verdammt sind. Dagegen erhebt die ‚Dresdner Schule‘ mit aller Entschiedenheit das Wort: Deutschland hat das Land der Deutschen zu bleiben und dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder zu werden.“³⁹

„Die Europäer müssen ihren angestammten Lebensraum vollständig zurückerobern. Dazu gehört, daß die überlebenswilligen Deutschen, aber auch die Europäer, die liberalkapitalistischen Überfremdungsregime zum Teufel jagen müssen. Im übrigen braucht unser Volk keine Zuwanderung unwillkommener raum- und kulturfremder Ausländer, sondern deren sozialverträgliche Rückführung, wie dies im Ausländerrückführungsprogramm der Nationaldemokraten detailliert dargestellt wird (...) Nur in der Volksgemeinschaft mit genügend eigenen Kindern wird unser Volk eine Zukunft haben.“⁴⁰

„Wir müssen unablässig bestrebt sein, unsere ur-deutschen, mit unserem Blut und Boden verwachsenen Traditionen von allen Fremdübertragungen zu befreien; wir dürfen nur pflegen, was echt, deutsch und unserer Art gemäß ist.“⁴¹

38 Rede auf einer Demonstration in Rathenow, 16.06.2007 [PASTÖRS, Udo].

39 Internetauftritt der NPD LV Sachsen, „Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“, 03.05.2005 [Gansel, Jürgen].

40 Deutsche Stimme 8/2005, S.4.

41 Internetauftritt der NPD LV Bremen zur „Deutschen Jahreswende“, 10.12.2007.

„Er (Jürgen RIEGER) erzählte weiter von einem Interview, dass die halb Negerin (...) mit ihm führte. Er beschrieb sie als bemitleidenswerte Person, da sie weder hier in Deutschland, noch in Afrika zu Hause sei. Sie ist der wurzellose Mensch, den die Kapitalisten wollen. Wurzellos kann man sie wie Vieh von A nach B verschieben. Da sie weder Gemeinschaft noch Heimat kennen, sondern sich überall fremd fühlen, werden sich solche Menschen nie gegen die Unterdrückung der Globalisten wehren können. Das wissen diese ganz genau und versuchen deswegen gezielt, starke Völker wie das deutsche Volk durch Rassenmischung zu zersetzen.“⁴²

„Das weiße, von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprössling [Barack Obama] seinen symbolischen Totengräber ins Präsidentenamt gewählt (...) Schon das weiße Amerika war eine kulturelle Zumutung für die Welt und zwang freien Völkern mit Waffengewalt ihr multi-rassisches und damit rassenvernichtendes Gesellschaftsmodell auf; ein nicht-weißes Amerika ist jedoch eine Kriegserklärung an alle Menschen, die eine organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung aus Sprache und Kultur, Geschichte und Abstammung für die Essenz des Menschlichen halten.“⁴³

1.1.2 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus

Aus dieser Prämisse leitet sich zwangsläufig die Ablehnung von Zuwanderung und dauerhaftem Aufenthalt von Migranten her. Die NPD behauptet, nicht ausländer-, sondern einwanderungsfeindlich zu sein.⁴⁴ Die Partei stellt dabei standardmäßig einen Zusammenhang zu Massenarbeitslosigkeit, Überlastung der Sozialversicherungssysteme und Kriminalität her. Sie redet „schwelenden Rassen- und Religionskonflikten“ das Wort. Sie vertritt einen „5-Punkte-Plan“ zur Ausländerrückführung. Dieser beinhaltet die zeitliche Befristung der Arbeitsverträge von Ausländern, deren Ausgliederung aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem, das Verbot des Erwerbs von Grund und Boden, verschärfte Aufenthaltsbestimmungen

42 Internetauftritt der JN Berlin, 09.2008 [RIEGER, Jürgen].

43 Internetauftritt der NPD Bund, Artikel „Afrika erobert das weiße Haus“, 06.12.2008 [GANSEL, Jürgen].

44 Argumente, S.6.

und die Abschaffung des Asylrechts.⁴⁵ Zur Bekämpfung einer „multikriminellen Wirklichkeit“ werden populistische Maßnahmen wie der Einsatz von Brechmitteln gegen Drogendealer vorgeschlagen und die Wiedereinführung der Todesstrafe nicht nur bei Sexual-, Kindes-, Raub- und Massenmord, sondern auch für schwere Fälle des Rauschgifthandels gefordert – alles Delikte, die vorgeblich überwiegend bzw. überproportional von Ausländern verübt werden.⁴⁶ Angeblich hätten Menschen „wesentlich weniger Hemmungen, Fremde zu betrügen oder andere Straftaten gegen sie zu verüben als gegenüber Bekannten oder Personen, die sie der eigenen Gruppe zurechnen“.⁴⁷ Die Umsetzung dieser Vorhaben würde gegen nationales und internationales Recht verstoßen und die Bundesrepublik Deutschland international isolieren.

„Wir haben zu wenig Arbeit und nicht zu viel, und deshalb sind Ausländer als Arbeitsplatzkonkurrenten und Sozialschnorrer konsequent aus Deutschland auszuweisen und nicht mehr in Land zu holen. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit ist eine Massenausweisung von Ausländern und nicht eine weitere Masseneinwanderung nötig.“⁴⁸

„Die Überfremdung STOPPEN! Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzsicherungsgesetzes (...) Strikte Anwendung des Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung (...) Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechts auf Asyl (...) Kriminelle Ausländer müssen unverzüglich abgeschoben werden. Anstatt durch De-facto-Bleiberechte und ‚Härtefall‘-Regelungen immer neue Schlupflöcher der Zuwanderung zu schaffen, muß jede weitere Zuwanderung nach Deutschland unterbunden werden.“⁴⁹

Erst wenn sich ein nationaler Politikwechsel in Deutschland durchsetzen wird, kann mit einem sofortigen harten Durchgreifen der Sicherheitskräfte gegen ausländische Verbrecher gerechnet werden. Bis dahin wird die NPD deutschfeindliche Angriffe in unserer Region dokumentieren und thematisch in den nächsten Aktionen aufgreifen.⁵⁰

45 Aktionsprogramm, S.13f.

46 Aktionsprogramm, S.37ff.

47 Aktionsprogramm, S.37f.

48 Argumente, S.11.

49 Mündige Bürger 3/2006.

50 Internetauftritt Infoportal Rhein-Neckar.Main, aufgerufen am 08.06.2008 (BABIC, Safet).

„(...) Wir Nationaldemokraten hingegen fordern die ersatzlose Streichung des sogenannten "Asylrechtsparagrafen" Art. 16a Grundgesetz. Das weltweit einzigartige einklagbare Recht auf Asyl in der BRD hat nicht nur zu einem unvorstellbaren Ausmaß an unberechtigter Zuwanderung geführt, sondern auch zu einer Belastung der Staatsausgaben in Millionenhöhe. Darüber hinaus hat unserer Ansicht nach ein Gesetz die Abschiebung krimineller Ausländer und Asylbetrüger zu regeln, statt letzteren ein Bleiberecht zuzugestehen.“⁵¹

„Die Gefahr von Katastrophen aber ist auch in Deutschland und auch in Berlin ständig latent. Der Import von heterogenen Volksgruppen und religiösen Eiferern lassen terroristische und bürgerkriegsähnliche Szenarien wahrscheinlicher werden (...) Ja, ich spreche hier von Einwanderung, und ich möchte es noch einmal als biologische Kriegsführung bezeichnen. Möchte sogar weitergehen und sagen, Einwanderung ist nichts anderes als die Fortführung des Morgenthauplanes mit anderen Mitteln. Es ist nichts anderes als Völkermord.“⁵²

Die Übergänge zwischen der ethnischen Definition des „Deutschen“, der Forderung nach einer „Rückführung“ von Ausländern und offenem Rassismus sind fließend. Unverhohlen wird gegen das Grundgesetz polemisiert, dessen Grundrechtsbestimmungen vor „Menschenrechtstümelei“ triefen und Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleichstellen würden.⁵³ Unter „Ausländer“ werden vor dem Hintergrund des evolutionsbiologischen Volks- und Nationenbegriffs auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund gefasst, denen dementsprechend nicht gleiche Rechte zugestanden werden. Deutscher sei man durch Abstammung, könne es aber nicht durch einen Pass werden.⁵⁴ Rückzuführen seien vor allem Nicht-Europäer⁵⁵, denn Angehörige anderer Rassen blieben „körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung des bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen“⁵⁶. Die NPD warnt

51 Internetauftritt der NPD, 14.03.2007.

52 Rede auf Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Internetauftritt der NPD LV Berlin, 11.04.2008 [HÄHNEL, Jörg].

53 Argumente, S.30.

54 Argumente, S.27.

55 Argumente, S.9.

56 Argumente, S.12.

in diesem Zusammenhang vor der Entstehung von „Mischlingen“ und einer „Durchrassung“⁵⁷, tritt stattdessen für ein „freies, gerechtes und weißes Europa“⁵⁸ ein.

„Ich bin gerne bereit, alle Orientalen, alle Schwarzen und alle Asiaten durch Hugenotten, durch Polen, durch Salzburger oder sonst was zu ersetzen (...) Insofern handelt es sich bei der geforderten Ausländerrückführung vor allem um Rückführung von raum- und kulturfremdem Menschen.“⁵⁹

„Rückzuführen sind vor allem die Nicht-Europäer (...) Die Mischlinge, die deutsch-nicht europäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt. Sie werden sich ihre Heimatländer suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist und die sie damit verbundene ethno-kulturelle Entwurzelung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist. Zielland solcher Mischlinge werden naheliegenderweise die USA sein, wo es nie eine Volksgemeinschaft und Kulturnation, sondern nur eine durchrasste Staats- und Einzelwillennation von haltlosen Sozialatomen gab, wo der ethno-kulturell kastrierte Einheitsmensch ohne Identität und Heimat wie Unkraut gedeiht. Die Schuld für ihre ziellose Wandererschaft zwischen den Welten und das grausige Schicksal der Heimatlosigkeit haben die Mischlinge dann bei ihren verantwortungslosen Eltern zu suchen und nicht bei den Deutschen, die endlich wieder eine solidarische Volksgemeinschaft sein wollen.“⁶⁰

„Ein Afrikaner, Asiat oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Längst ist erwiesen, dass das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland

57 Argumente, S.9.

58 Argumente, S.28.

59 Protokoll der 9. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, 28.06.2007, [HÄHNEL, Jörg].

60 Argumente, S.9.

leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanisch-stämmigen Deutschen.“⁶¹

„Eine türkische Salami wird auch dann kein Deuschländerwürstchen, wenn sie vier Wochen im deutschen Kühlschrank liegt. Es ist beruhigend zu sehen, daß der Gedanke der Abstammungs- und Kulturnation – und nicht einer multietnischen Staatsbürgernation – auch bei Gymnasiasten fest verankert ist.“⁶²

„Und weil die Österreicher nach allem, was ein Volk ausmacht, nämlich gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und Abstammung, Deutsche sind, kann Adolf Hitler hundertmal die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Er bleibt – unabhängig von der Bewertung seines politischen Lebens – ein Deutscher. Aber das ist die Bunte Republik Deutschland (BRD): ein toter Deutschösterreicher wird ausgebürgert, während Tag für Tag hunderte von Negern als Afro-Teutonen eingebürgert werden. Da kann einem schon speiübel werden!“⁶³

Die phänotypische Erscheinung eines Menschen ist nach Ansicht der NPD-Ideologen untrennbar mit genetischen Dispositionen bzw. unveränderlichen charakterlichen Merkmalen verbunden, aufgrund derer sich eine hierarchische Ordnung, funktionale Differenzierung und rassistische Trennung begründen lassen. Für den Fall der Nichtbeachtung dieser angeblich natürlichen Unterschiede wird das Untergangsszenario einer an die Rasse gebundenen deutschen bzw. europäischen Kultur beschworen.

„Nicht nur das äußere Erscheinungsbild variiert von Rasse zu Rasse, sondern auch das Verhalten (...) Die besondere Begabung der Negriden für besondere Sportarten ist auffallend, während es andererseits kaum schwarze Geistesgrößen gibt (...) Eine detaillierte Kenntnis der Rassenunterschiede ist für nationale Aktivisten und Programmierer unerlässlich.“⁶⁴

61 Argumente, S.12.

62 Internetauftritt der NPD Bund, „Gymnasiasten erteilen Antifa-Hetzer eine Abfuhr“, 13.11.2007 [GANSEL, Jürgen].

63 Deutsche Stimme 5/2007, S.17 [GANSEL, Jürgen].

64 Deutsche Stimme 9/2006, S.? [BABIC, Safet].

Ein NPD-Funktionär äußert, dass Steiner die weiße Rasse als die zukünftige angesehen habe, da sie „am Geiste“ schaffe“. ⁶⁵ [Anmerkung: Rudolf Steiner war Anthroposoph und gilt als Begründer der Waldorf-Pädagogik.]

„Rasse macht nicht nur die Eigenart des Volkes, sondern auch die des Menschen aus; sie ist unveränderbar, sie führt zur Kultur und formt die Erziehung (...) Freiheit würde bedeuten, die aus der Rasse stammenden zeitlosen Kräfte bewußt zu formen, sie mit einer Gestalt von wahrer Kultur zu überziehen.“⁶⁶

„Seine Theorien (Jürgen RIEGER) lehnen sich an aktuelle biologische Befunde zur genetischen Determination der Moral an und verabschieden sich von der These, daß religiöse Anschauungen universell für jeden Kulturkreis gelten können. Rieger vertritt somit das lebensrichtige Menschenbild und beschreibt die mit der nordisch-fälischen Menschenart korrespondierende lebensrichtige Ethik.“⁶⁷

Im Mittelpunkt eines veröffentlichten Redemanuskripts für ein Referat unter dem Titel „Ideen reichen weiter als Kanonen“ steht die Idee eines rassistisch homogenen Europäischen Reiches, dessen Grenzen sich von Irland bis zum Ural erstrecken. Dieses Reich drohe allerdings in Dekadenz zu versinken. Die einmal begonnene Vermischung des europäischen Erbgutes sei unumkehrbar und führe zwingend zum Untergang der europäischen Rasse. Das Prinzip der „Rasse“ aber sei „der innere Gott“, das eigentlich bestimmende Natur- und Lebensgesetz; ihre Zerstörung gemäß einer multirassistischen Wahnlehre bilde das Hauptverbrechen an allen Völkern der Welt.⁶⁸

„Es begab sich also zu jener Zeit, dass viele Fremdländische ins Land kamen. Sie wollten nicht arbeiten. Sie wollten nicht Deutsch sein. Sie wollten mit deutschen Papieren, deutschem Geld ihre fremde Kultur pflegen. ‚Arbeiten könnten sie auch in Moskau‘ hörte

⁶⁵ Deutsche Stimme 9/2007 (September 2007), S. 16. [MOLAU, Andreas].

⁶⁶ Deutsche Stimme 4/2006, S.16 [KREBS Dr., Pierre].

⁶⁷ Deutsche Stimme 1/2007, S.17 [BABIC, Safet].

⁶⁸ Deutsche Stimme 3/2006 [KREBS Dr., Pierre].

man sie in jenen Tagen oft sagen. Die Alten erzählten noch, dass die Ersten die kamen, wirkliche Deutsche waren. Wolgadeutsche aus Kasachstan, die die deutschen Werte in schwerster Not gepflegt haben. Die aber, die später kamen, waren die Folge der jahrzehntelangen Vermischung von Verbrechern, Faulenzen, asiatischen Horden und sonstigem Gesindel. Die Vorfahren dieser Leute nämlich, der ‚Abschaum der Sowjetunion‘, wurde zusammen mit den anständigen Wolgadeutschen von Stalin (...) nach Kasachstan geschickt. Weil es in der Steppe kalt, langweilig und gar grausig war, suchte die Menschen Wärme und paarten sich. Doch so stark sind die deutschen Gene auch nicht, dass nach 4 oder 5 Generationen Vermischung mit fremden Blut und Indoktrination durch stalinistische Kultur der deutsche Kern noch erhalten bleibt.⁶⁹

„Wer nur noch, völlig unterschiedslos, ‚Menschen‘ – aber keine Deutschen mehr kennt, den kann es auch nicht empören, wenn er in westdeutschen Großstädten verarmte deutsche Rentner in Mülleimern nach Pfandflaschen angeln sieht, während hinter ihnen staatsalimentierte orientalische Großfamilien oder arrogante Wohlstands-Neger dahertolzieren!“⁷⁰

„Wir wird Berlin in Zukunft aussehen, wenn die Entwicklung so weitergeht? Nicht anders als die großen Moloche dieser Welt. Ghettos von Reichen und von Armen, von Türken, Arabern und anderen Bevölkerungsgruppen werden die Geschlossenheit der Stadt zerstören. Kriminalität wird ausufern. Die geistige Verneuerung der restdeutschen Jugend wird zunehmen.“⁷¹

„Schon der vom Markt diktierte innereuropäische Bevölkerungsaustausch gefährdet Identität und Substanz der europäischen Völker. Tödlich bedroht sehen sie sich aber durch die Massenzuwanderung aus dem Orient, aus Asien und Afrika. Die Religionszugehörigkeit dieser Menschen ist dabei von nachgeordneter Bedeutung. Kein normal gepolter Europäer fühlt sich einem Neger näher als einem Bosnier, nur weil der erste Christ und der zweite Moslem ist. Insofern überlagert die Rassenfrage, die der jüdisch-britische Staatsmann Benjamin Disraeli einst als ‚Schlüssel der Weltgeschichte‘ bezeichnete, die Religionsfrage. Beim Gros der muslimischen Einwanderer in Deutschland bilden Rassen- und Religionsfrage aber zwei Seiten desselben Problems. Sie stellen ein doppeltes Problem dar, weil sie als Orientalen rassefremd

69 Internetauftritt der NPD KV Harz, 27.02.2006, [HEYDER, Matthias].

70 Pressemitteilung der NPD-Fraktion Sachsen, Rede im sächsischen Landtag vom 09.05.2007 [APFEL, Holger].

71 Internetauftritt der NPD LV Berlin, Artikel „25% Ausländer in Berlin“, 03.07.2008.

sind und der Islam eine mit der europäischen Geistestradiation unvereinbare Fremdreigion ist, die gleichzeitig das mentale Rüstzeug für die aggressive Ausbreitung auf Kosten der ‚Ungläubigen‘ liefert.“⁷²

NPD und JN befürchten mit Blick auf die in Deutschland lebenden Ausländern einen „Volkstod“. „Die Menschen in der BRD werden immer weniger und die sogenannten Gäste vermehren sich flächendeckend.“⁷³

Afrikaner, die als Neger bezeichnet werden, würden auf „unsere Kosten Drogen verticken“.⁷⁴

In der gleichen Diktion wird für eine „weiße“ Fußballnationalmannschaft geworben. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland warb die NPD Ende März/Anfang April für einen von der Partei herausgegebenen WM-Planer, der auf seiner Titelseite den Oberkörper eines Spielers im weißen Trikot der deutschen Nationalmannschaft zeigte sowie Teile einer Spielernummer (mutmaßlich die „25“). Die Abbildung war mit dem Slogan „Weiß – Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ versehen. Am 4. April erwirkte der Nationalspieler Patrick Owomoyela eine einstweilige Verfügung des Landgerichts (LG) Berlin, die es der NPD unter Androhung der gesetzlich vorgesehenen Ordnungsmittel untersagte, die Titelseite ihres Planers weiter zu verwenden. Am 18. Mai wies dasselbe Gericht den Einspruch der Partei gegen die Verfügung zurück. In den Entscheidungsgründen wird hervorgehoben, der „Schrei nach einer ‚echt weißen‘ Nationalmannschaft mit gleichrangigem Hinweis auf einen ‚nicht weißen‘ Nationalspieler stelle eine nicht hinzunehmende Schmähkritik dar“. Die NPD ließ daraufhin einen neuen WM-Planer erstellen, der auf der Titelseite zu der Frage „Nationalelf 2010?“ zehn farbige und ein weißes Piktogramm zeigte. Am 8. Juni stellten Polizeibeamte in der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Berlin 3.000 Exemplare dieses Planers sicher. Anlass war eine vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) erwirkte einstweilige Verfügung des LG Berlin, die es der Partei unter Androhung von Ordnungsmitteln untersagte, ihren zweiten WM-Planer weiter zu verwenden. Der einstweiligen Verfügung zufolge wird dem DFB auf

72 Deutsche Stimme 09/2008, S.22 [GANSEL, Jürgen].

73 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt, Kreisverbände Halle u. Merseburg, JN Halle vom 05.12.2008 „Gefahrenabwehr in den Kommunen...“).

74 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt vom 16.01.2008 Pressemitteilung [BAUER, Jens].

der Titelseite plakativ der Vorwurf gemacht, die Nationalmannschaft nicht aus weißen Spielern zusammenzusetzen, sondern zunehmend Spieler ausländischer Abstammung bzw. Herkunft auszuwählen. Dieser Vorwurf sei, da er allein auf die Abstammung bzw. Herkunft abhebe, rassistisch und erfülle gleichzeitig den Tatbestand der Volksverhetzung.

„Erinnern wir uns, wie die „Hamburger Morgenpost“ dem Herrn Rechtsanwalt Rieger in großer Aufmachung vorwarf, Arier züchten zu wollen. Das will man verhindern. Aber was geschieht zur Zeit? Ein noch deutsches Volk wird von Negriden, Asiaten und Orientalen unterwandert und als Rohstoff für eine Veränderung der eigenen Erbanlagen genutzt. Und das mit Duldung solcher politisch tätigen Vertreter! Was sind wir, ein Volk oder nur ein Rohstoff? Wem zum Nutzen? Den Schaden trägt nur das deutsche Volk! Warum wehren sich so wenige? Afrika den Afrikanern! Asien den Asiaten! Die Türkei den Türken! Aber dann auch Deutschland den Deutschen! Was ist daran nicht stimmig? Oder hat man es schon mal erlebt, daß ein Landwirt seine Kuhherde durch Integration eines Wolfsrudels hat vergrößern wollen? Helmut Radunski⁴⁷⁵

„Interessant war bei bei einer Täterbeschreibungen, daß lediglich die Angabe „Nicht-Europäer“ gemacht wurde. Ob es sich um einen Asiaten, einen Schwarzen oder einen Indianer handelte, war anscheinend nicht bekannt. Auffällig ist an den von Ausländern beteiligten Straftaten, daß es sich fast ausschließlich um Erpressung, Körperverletzung, Raub und Trickdieben handelt. Ob Ausländer bzw. die Paß-Deutschen das Beschäftigungsproblem der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten lösen, oder ob die Polizei sich ohne kriminelle Ausländer noch intensiver um deutsche Straftäter kümmern könnte, bleibt jedem nach ein wenig Nachdenken selber überlassen...“⁴⁷⁶

„Wohin eine solche Politik führt, kann jeder Bürger in den Großstädten unserer Heimat erleben und beobachten. Nämlich die weitgehende Islamisierung und Entnationalisierung unseres Kreises und Landes. Was hier als kulturelle Vielfalt verkauft werden soll, ist in Wahrheit nur die Zerstörung einer notwendigen lokalen kulturellen und ethnischen Hegemonie, in der wahre Kultur, das lehrt uns die Geschichte, überhaupt erst entstehen konnte!“⁴⁷⁷

75 SH-Stimme Ausgabe 28 (Mai-Juni 2008), Seite 14.

76 Internetauftritt der NPD Kiel, Ausdruck vom 16.04.2008.

77 Internetauftritt der NPD Nordfriesland, 08.05.2008.

1.1.3 Antisemitismus

Der Antisemitismus – im allgemeinen Sprachgebrauch als „Judenfeindschaft“ verstanden – besitzt eine Schnittmenge mit dem Rassismus, ist als dessen Unterkategorie jedoch nicht hinreichend charakterisiert. Man kann grob zwischen drei idealtypischen Ausrichtungen unterscheiden: dem rassistischen, dem politischen und einem „neuen“ Antisemitismus.

Der rassistische Antisemitismus entstand im Laufe des 19. Jahrhunderts und geht auf eine in dieser Zeit entstandene Rassenlehre zurück, wodurch sich ein dualistisches Weltbild, bestehend aus einer überlegenen und als positiv betrachteten „arischen Rasse“ und den unterlegenen und negativ bewerteten „Juden“, entwickelte. Das Judentum ist in dieser Ausformung von Natur aus eindeutig negativ belegt. Eine weitere wesentliche Variante ist der politische Antisemitismus, welcher auf der Vorstellung von einer planvollen jüdischen Verschwörung mit dem Ziel der Vergrößerung des jüdischen Einflusses bis hin zur Erringung der Weltherrschaft basiert. Die Form des „neuen“ Antisemitismus resultiert aus der Diskussion über die Massenvernichtung der Juden während des Zweiten Weltkrieges. Neben der Leugnung ist darunter auch die Unterstellung der permanenten, vorwurfsvollen Thematisierung dieser Vorgänge durch jüdische Organisationen zu verstehen, die auf diese Weise angeblich versuchten, von der deutschen Wirtschaft oder vom deutschen Staat Geld zu erpressen.

Die rassistische Komponente des Antisemitismus kommt in der Ideologie der NPD dadurch zum Ausdruck, dass Menschen jüdischen Glaubens abgesprochen wird, Deutsche im ethnischen Sinne sein zu können und hier zu Lande nur über einen Status als „Gast“ zu verfügen.

„Ein Jude (...) kann kein Deutscher im Sinne der Volkszugehörigkeit sein.“⁷⁸

„Offenbar ist dem Zentralrat und seiner Vorsitzenden das mittlerweile über 60 Jahre währende jüdische Opfermonopol derartig zu Kopf gestiegen, daß sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Verhandlungsposition nicht mehr im Stande sind. Frau Knobloch und ihre Freunde sind Gäste in Deutschland und als solche haben sie sich auch zu verhalten.“⁷⁹

78 Printmagazin „Vanity Fair“, 07.02.2007, S.170 ff. [PASTÖRS, Udo].
79 Internetauftritt der NPD LV Saarland, Juli 2006 [FRANZ, Frank].

Der politische Antisemitismus der NPD weist Parallelen zu den schon im historischen Nationalsozialismus verfolgten Konzept des „integrierten Feindbilds“ auf.⁸⁰ Die Feindbildkonstruktion ist verschwörungstheoretisch angelegt, d. h. es wird ein konspiratives Wirken ungenau definierter „fremder Mächte“ gegen das eigene Volk postuliert. Das antisemitische Element besteht in diesem Zusammenhang darin, die vordergründig gegen die USA gerichtete Feindbildkonstruktion und die antikapitalistische Ausrichtung der NPD bewusst mit jüdenfeindlichen Zwischentönen zu unterlegen. Die Stereotypisierung anderer Völker und Nationen trägt dazu bei, die Volksgemeinschaft nach innen zu integrieren.

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümmte Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death – aufzuzwingen.“⁸¹

„Wie eine Krake hat der Dollar-Imperialismus die Welt im Würgegriff, und er unternimmt nicht einmal mehr die geringsten Anstrengungen, dies irgendwie zu verschleiern. Denn die Weltmachtstellung jüdischer Kapitalstrategen – gleich welche Staatsangehörigkeit sie zufällig haben – scheint ihren weltgeschichtlichen Höhepunkt entgegenzutreiben (...) Deshalb existieren die Erbhöfe der Ostküste in Institutionen der Weltwirtschaft weder zufällig noch sind sie ungefährlich. Hier laufen die Fäden der völkerfeindlichen Oligarchie zusammen.“⁸²

„Die Juden seien immer ein ‚störendes Element‘ und die ‚fremdesten der Fremden der Welt‘ gewesen. Es bestehe eine Symbiose der ‚Infiltration des globalen Weltwissen mit

80 Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf: „Überhaupt besteht die Kunst aller wahrhaft großen Volksführer zu allen Zeiten in erster Linie mit darin, die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zu zersplittern, sondern immer auf einen einzigen Gegner zu konzentrieren (...), selbst auseinanderliegende Gegner immer nur als zu einer Kategorie gehörend erscheinen lassen (...).“

81 Argumente, S.19.

82 Deutsche Stimme 5/2005, S.2 [TRENKMANN, Thoralf].

dem Holocaust-Dogma', was ‚auf die weltweite Inthronisierung einer jüdischen Sonder-Identität zu Lasten jeder anderen nationalen Integrität' hinauslaufe.“⁸³

„Man wird jedoch unschwer feststellen können, dass eine bestimmte religiöse Gemeinschaft, die die Macht und die Herrschaft über das Geld besitzt und die freien Völker der Welt verklagt hat, die Meinungsdictatur in der BRD zu verantworten hat. Ihr Fall zeigt einmal mehr, welche Macht jene religiöse Gemeinschaft und deren Zentralrat in der BRD, hat.“⁸⁴

Im Rahmen eines „neuen“ oder „sekundären“ Antisemitismus werden Juden für die gegen sie gerichtete Ablehnung selbst verantwortlich gemacht, da sie bis in die Gegenwart die deutsche Schuld am Holocaust in erpresserischer Weise instrumentalisiert hätten. Dabei versucht die NPD durchaus populistisch vorzugehen, indem sie den vordergründigen Nutzen ins Feld führt, den Juden aus dem Holocaust und einem angeblichen Kritiktabu ziehen würden. Auf diese Weise werden die rassistischen bzw. politischen Hintergründe ihrer Judenfeindschaft verschleiert bzw. euphemisiert.

„Durch die Schulerziehung wird den Kindern in einer sensiblen Prägungsphase eingehämmert, dass die Deutschen ein Verbrechervolk sind; um sich reinzuwaschen, wird dann in vorseilenden Gehorsam jeder, der irgendwie Kritik der Juden hervorruft, mit infernalischem Hass verfolgt.“

„Wieder einmal hat sich die BRD-Justiz als Hure der antideutschen Politik erwiesen. Juden unterliegen einem weitgehenden strafbewehrten Kritikverbot, dürfen gegen volkstreue Deutsche und deren Partei aber hetzen und beleidigen, wie es ihnen paßt. Die ‚Auserwählten‘ genießen Sonderrecht.“⁸⁵

„Das Fatale daran ist, daß die neue zivilreligiöse Variante des steten Exorzismus bedarf: nie wieder! und des immerfort vergegenwärtigten Feind-Bildes: des Deutschen (...) Nirgendwo steht freilich geschrieben, daß sich Deutsche mit ihrer Sonderrolle als Dauer-Bösewichte in der neuen Holocaust-Religion abfinden müßten. Sie dürfen es nachgerade nicht (...) zur Täterrolle verdammt zu sein, ist tödlich (...) Der Schuldskult erheischt

83 „Nation & Europa. Deutsche Monatshefte“, Heft 11/12, November/Dezember 2007 [RICHTER, Karl].

84 Internetauftritt der NPD LV Bremen, „Brief an Eva Herman“, 13.11.2007.

85 Internetauftritt NPD Bund, „Die Justiz als Hure der antideutschen Politik“, 22.11.2007 [GANSEL, Jürgen].

den Rang einer neudeutschen Staatsdoktrin. Er ist Gift für jedwede aktive Zukunftsgestaltung.“⁸⁶

„Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren (...) Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie, ein Wort des Juden Norman Finkelstein, 60 Jahre nach Kriegsende pseudomoralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht auspressen (...) Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldskult und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Ebenso muß die psychologische Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen das deutsche Volk unverzüglich beendet werden. Schließlich ist der Holocaust-Industrie, die mit moralisierenden Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell erpressen will, endgültig das Handwerk zu legen.“⁸⁷

„Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren Schuldskult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, dass die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will (...) Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und ewigen Finanzforderungen des Zentralrates der Juden in Deutschland zu kritisieren.“⁸⁸

„Es wird also höchste Zeit, die Holocaust-Waffe stumpf zu machen, damit ein eben nicht ganz normales Völkchen mit ihr keine Sonderinteressen mehr durchsetzen und andere moralisch erpressen kann.“⁸⁹

„Für Juden ist es natürlich eine gruselige Vorstellung, daß nebenan ein arabischer Völkermord-Lüstling hausen könnte, der ihnen überdies noch ihr angemessenes Monopol als Opfer der

86 Nation&Europa 3/2005, S.14, 17f. [RICHTER, Karl].

87 Argumente, S.9f.

88 Argumente, S.10.

89 Deutsche Stimme 6/2006, S.14 [GANSEL, Jürgen].

Weltgeschichte streitig macht. Und hier kommt ein letztes Motiv für die ungewohnte jüdische Multikulti-Kritik ins Spiel: Mitleidskonkurrenz und Opferneid.⁹⁰

1.2 Äußerungen gegen demokratische Institutionen und Akteure

Die sozialdarwinistische Konzeptualisierung des „lebensrichtigen Menschenbilds“ und der „völkischen Gemeinschaft“ wird in der Ideologie der NPD auch auf die Ebene politischer Ordnungsvorstellungen übertragen. Führer- und Gefolgschaftsprinzip sowie territoriale Grenzziehungen lehnen sich an tierisches Rudel- und Revierverhalten an. Propagiert wird – in impliziter Anlehnung an das nationalsozialistische Ideal der „Einheit von Volk und Führer“ – die gemeinsame Ausrichtung auf ein angeblich objektiv erkennbares, aber selten näher definiertes „Gemeinwohl“. Daraus folgt die kritische bis ablehnende Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie, ihrer Institutionen und Akteure. Die ordnungspolitischen Vorstellungen der NPD machen eine revolutionäre Abschaffung des bestehenden „Systems“ unumgänglich.

1.2.1 Revolutionäre Überwindung des „Systems“, Anstreben eines „anderen Staates“

Die NPD kämpft gegen das „System“, womit sie im Kern die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland meint. Dieser Begriff wird in bewusster Anlehnung an die Nationalsozialisten benutzt, die damit ihre Verachtung gegenüber der Weimarer Republik ausdrückten. Er mag in demokratischen Milieus möglicherweise keine pejorative Bedeutung mehr haben. In rechtsextremistischen Kreisen genießt er eine geradezu inflationäre Verwendung. Darunter werden im Prinzip alle Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie gefasst. Die Bekämpfung unterschiedlichster politischer Gegner wird so vereinfachend zum Angriff auf das politische „System“.

Bei ihren Angriffen auf das „System“ und seine Repräsentanten setzt die NPD auf eine bewusst verunglimpfende Wortwahl und zeigt dabei eine aktiv kämpferische, aggressive Diktion. Bei diesen als „Schmähkritik“ zu bezeichnenden Äußerungen werden Staat und Gesellschaft u. a. in folgender Weise charakterisiert:

„volksfeindliches System“⁹¹ ,

90 Deutsche Stimme 09/2008, S.22 [GANSEL, Jürgen].

„niedergehendes System der Lüge und Heuchelei“⁹² ,
 „liberal-kapitalistisches Unrechtssystem“⁹³ ,
 „Repressionsstaat“⁹⁴ ,
 „regimeschützender Polizeistaat“⁹⁵ ,
 „Gaunerstaat“⁹⁶ ,
 „perverse Gesellschaft“⁹⁷ ,
 „korrupte und wertlose Gesellschaft“⁹⁸ ,
 „Demokratie“⁹⁹ und
 „Freiheitlich-demokratische Unordnung“¹⁰⁰ .

Auch die Repräsentanten des „Systems“ werden verächtlich gemacht. Die NPD bezeichnet sie beispielsweise als:

„seine erbärmlichen Knechte“¹⁰¹ ,
 „Staats-Sklaven“¹⁰² ,
 „politisch-degenerierte Klasse“¹⁰³ ,
 „etablierte Übeltäter“¹⁰⁴
 „politischen Müll, bestehend aus Reaktionären und alteingesessenen Schuldkomplex-Fetischisten“¹⁰⁵ ,

91 Internetportal „Altermedia“ vom 05.09.2006 [RIEGER, Jürgen].

92 Rede auf einer Demonstration der „Initiative gegen das Vergessen“ in Magdeburg, 15.01.2005 [WULFF, Thomas].

93 Nationaler Beobachter, Pressemitteilung der JN LV Sachsen-Anhalt, 26.03.2006.

94 Nationaler Beobachter, Demonstrationsauftritt des NPD KV Harz, JN Harz, 31.08.2007.

95 Aktionsprogramm, S.41.

96 Mitteldeutscher Rundfunk, 25.07. 2006 [PASTÖRS, Udo].

97 Internetauftritt der JN Schönebeck, 19.04.2006.

98 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt, Kreisverbände Halle u. Merseburg, JN Halle vom 05.12.2008 „Gefahrenabwehr in den Kommunen...“).

99 Rednerveranstaltung des NPD-Landesverbandes Berlin in Berlin-Buckow, 08.05.2008 [PASTÖRS, Udo].

100 Rednerveranstaltung des NPD-Landesverbandes Berlin in Berlin-Buckow, 08.05.2008 [PASTÖRS, Udo].

101 Nationaler Beobachter, 15.06.2006.

102 Internetauftritt der NPD LV Bremen, „Brief an Eva Herman“, 13.11.2007.

103 Internetauftritt der JN Schönebeck, 15.08.2006.

104 Internetauftritt der JN Schönebeck, 15.08.2006.

„unwillige, unfähige, abhängige, korrumpierbare und nicht am Volke orientierte Politiker-
kaste“¹⁰⁶,
 „korrupte Bonzen und ein gekaufte Politikaste“¹⁰⁷,
 Regierende, von denen die einen „korrupt und die anderen pädophil“ seien¹⁰⁸,
 die Bundeskanzlerin als „Politflittchen“ der USA¹⁰⁹,
 „Staatsalimentierte Antideutsche Faschisten (AntiFa)“¹¹⁰

Dazu werden – die Realität weit überzeichnende – gesellschaftliche Untergangsszenarien konstruiert, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse. Als ursächlich dafür wird das Versagen des „Systems“ im Hinblick auf die gesellschaftlichen Folgeproblematiken von Zuwanderung und Globalisierung ausgemacht.

„Die Lage der realexistierenden BRD erweist sich zunehmend als dramatisch. Gebärverweigerung, Verausländerung, Bildungskatastrophe, Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung, Lohndumping, die soziale Verelendung von Millionen und eine gewaltige Staatsverschuldung haben das System zweifellos an den Abgrund gebracht – und bald muß es stürzen. Andererseits drängt sich unwillkürlich der Eindruck der Realsatire auf, führt man sich das Handeln oder mehr noch die Unterlassungen der etablierten Übeltäter vor Augen. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang gewiß auch die verbalen Absonderungen einer vollständig degenerierten politischen Klasse, die wider alle Erkenntnisse und Erfahrungen weiter auf die Verausländerung der BRD setzt.“¹¹¹

„Liebe Landsleute, wer in der Bundesrepublik Deutschland noch Hoffnungen in dieses System und seine Vertreter setzt, ist entweder naiv, kurzsichtig oder gehört zu den wenigen Gewinnern eines globalisierten Deutschlands, das sich wirtschaftlich, kulturell und demographisch in Auflösung befindet (...) Und dies alles mitverschuldet durch eine un-

105 Internetauftritt der JN Schönebeck, 01.11.2006.

106 Flugblatt „Zukunft statt Globalisierung“, verteilt durch JN-Stützpunkt Halle am 28.08.2007.

107 SH-Stimme 25, S.11 [LÜTKE, Jens].

108 Broschüre „NPD Sachsen-Anhalt. Wir informieren“, 2/2007, S.1 [HOLZ, Carola].

109 Internetauftritt der NPD Bund, „Heute tolerant und morgen fremd im eigenen Land“, 22.03.2007 [GANSEL, Jürgen].

110 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt, Kreisverbände Halle u. Merseburg, JN Halle vom 05.12.2008 „Gefahrenabwehr in den Kommunen...“).

111 Internetauftritt der JN Schönebeck, 15.08.2006.

willige, unfähige, abhängige, korrumpierbare und nicht am Volke orientierte Politikerkaste. Sie erst haben den kapitalistischen Wahnsinn möglich gemacht, der uns mit seiner Steigerungsform, der Globalisierung, all diese Probleme beschert.“¹¹²

„(...) erlebt der FREIste Staat auf deutschem Boden, von dem niemals wieder Krieg ausgehen sollte, nur eine ernsthafte Konjunktur, nämlich die des wachsenden Elends und der Verarmung. Wehrt Euch! Ihr habt die Wahl: Nationale Solidarität oder internationales Elend! Wir wollen Zukunft statt Globalisierung!“¹¹³

„Die nationale Identität des deutschen Volkes werde in immer stärkeren Maße auf dem Altar internationaler Machtinteressen geopfert. Mit dem Ausverkauf der deutschen Wirtschaft gehen der Verrat an deutschen Werten und Eigenständigkeiten einher. Die zunehmende Überfremdung deutscher Großstädte sei das offenkundigste Zeichen für diese Entwicklung. Als die Schuldigen für diesen Verfall der politischen Moral benannte Udo PASTÖRS klar und deutlich die etablierten Parteien und ihre drittklassigen Führungsriegen (...) Deshalb kann die Devise für uns Nationaldemokraten nur lauten: ‚Her mit der Macht‘.“¹¹⁴

„Frau Herman, müssten wir und nicht gegen dieses verbrecherische und widerwärtige Treiben wehren? (...) Ein artfremdes und anti-deutsches System, welches über unser Volk schleichend, aber mit aller Konsequenz gekommen ist, sorgt für die endgültige Vernichtung unserer Art.“¹¹⁵

Die Schreckensgemälde von Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verfolgen den Zweck, die bestehenden politischen Strukturen als inadäquat zur Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme abzuqualifizieren und die revolutionäre Überwindung des „Systems“ als einzige verbleibende Möglichkeit erscheinen zu lassen. Ohne konkrete Schritte zu benennen, gibt die NPD offen zu erkennen, dass sie einen „anderen Staat“ anstrebt, der das bestehende „System“ ersetzen soll.

112 Flugblatt „Zukunft statt Globalisierung“, verteilt durch JN-Stützpunkt Halle zwischen 24.- und 26.08.2007.

113 Internetauftritt der JN Staßfurt, 16.04.2007.

114 Internetauftritt der NPD-LV Bremen, „Deutliche Abrechnung mit Multikulti und Globalisierung“, 09.09.2007 [PASTÖRS, Udo].

115 Internetauftritt der NPD-LV Bremen, „Brief an Eva Herman“, 13.11.2007.

Der Weg zu der von der NPD erstrebten „Volksgemeinschaft“ könne angesichts der „geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Verwüstungen des BRD-Systems“ nur den Charakter einer „Roßkur“, einer „Generalumkehr“ haben.¹¹⁶

„Er [PASTÖRS, Udo] betonte aber auch, dass die NPD keine Protest-, sondern eine Weltanschauungspartei sei, die in ihrer Kritik nicht bei den Symptomen stehen bleiben dürfe, sondern die zugrunde liegenden Fehler des Systems nennen und an die Wurzel gehende Alternativen anbieten müsse.“¹¹⁷

„Natürlich ist die NPD kämpferisch. Natürlich lehnen wir das ‚System‘ ab. Natürlich wollen wir einen grundlegenden und radikalen Wandel der Verhältnisse. Nicht obwohl, sondern weil wir Demokraten sind. Der Trugschluß ist einfach, anzunehmen, die anderen seien auch welche.“¹¹⁸

„Es bedarf eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt ein marodes System hinwegzufegen (...) Demokratie á la BRD braucht das Volk nicht.“¹¹⁹

„Die deutsche Jugend muss sich erheben und für eine gemeinsame Zukunft kämpfen. Die Politiker in Berlin und ihre Parteigenossen in den Kommunen und Kreistagen werden an dieser Lage nichts ändern können. Nur wenn wir gegen diese Missstände (Perspektivlosigkeit der Jugend) rebellieren und eine klare Opposition zu dieser perversen Gesellschaft stellen, können wir etwas verändern.“¹²⁰

„Dafür ist eine radikale Umkehr der politischen Verhältnisse nötig, welche diesem System eine neue Weltordnung entgegensetzt. Es müssen die sittlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Grundlagen für eine gesunde Volksgemeinschaft geschaffen werden. Für diese radikale Umkehr setzen wir, als nationale Fundamentalopposition, uns ein! Wir greifen die Missstände an, die unserem Volk schaden!“¹²¹

116 Internetauftritt der NPD Bund, 05.07.2006.

117 SH-Stimme 22, S.22 [PASTÖRS, Udo].

118 SH-Stimme 25, S.11 [LÜTKE, Jens].

119 Deutsche Stimme 5/2006, S. 8 [KNOP, Ingmar].

120 Internetauftritt der JN Schönebeck, 19.04.2006.

121 SH-Stimme 21, S.3.

„Weiterhin hat der Nationale Widerstand alles Recht dieses kalte, zubetonierte, korrupte, menschenverachtende System als ‚Bestie‘ zu bezeichnen. (...) Wir bleiben dabei: Das System muss weg. Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht und ein unsägliches, ausschließlich materiell orientiertes, volksfeindliches System eingeführt (...) das restlos abgeschafft gehört.“¹²²

Offen wird vom Ziel einer „Revolution“ schwadroniert. Teilweise wird betont, dass diese allein auf politischem Weg erreicht werden soll, wobei dieser Weg nicht genau beschrieben wird. Überwiegend bleibt jedoch unklar, ob damit auch auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Verhältnisse abgestellt wird.

„Wir sind revolutionär, weil wir das ferngesteuerte System der BRD nicht reformieren, sondern überwinden wollen.“¹²³

„Nationalismus heißt Revolution. Und unsere Revolution findet im 21. Jahrhundert statt. Unsere Revolution ist keine kleine Veränderung, sondern wir müssen uns ein komplett anderes politisches System erkämpfen!“¹²⁴

„Die JN versteht sich als Jugendorganisation mit revolutionärer Ausrichtung. Revolutionär heißt für uns den Angriff auf die bestehenden Verhältnisse. Wenn uns bürgerliche und reaktionäre Kreise vorwerfen, daß wir an einer ‚Umwälzung‘ hinarbeiten, dann sagen wir diesen Leuten: ‚Jawohl, wir versuchen nachzuholen, was Ihr in Eurer verbrecherischen Dummheit versäumt habt!‘ (...) Ein wirklicher Revolutionär, welcher diesen Begriff nicht als bloßes hüllenloses Werbeschild verwendet, steht keinesfalls loyal zur heutigen politischen Ordnung. Jedem muß es also um die Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse gehen.“¹²⁵

122 Internetauftritt der NPD Sachsen-Anhalt, „Schlecht geschlafen Herr Lehmann?“, 22.07.2007 [HEYDER, Matthias].

123 Internetauftritt NPD KV Berlin-Pankow, „Selbstverständnis“, 24.01.2008 [HÄHNEL, Jörg].

124 Internetauftritt der JN Bund, Grußwort zum Landeskongress der JN Ba-Württemberg, 20.11.2006

[NEDLEIN, Alexander].

125 Aktivist 1/2007, S.4 [BRUNNER, Hagen].

„Wir verstehen uns als revolutionäre Bewegung, die grundlegende Veränderungen des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems anstrebt – auf Grundlage des Volkswillens und ausschließlich auf politischem Wege.“¹²⁶

„Revolutionär ist ideologischer und nicht bewaffneter Kampf. Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewusstsein unserer Mitstreiter. Das bedeutet die Erkenntnis, dass das System bei einigen Annehmlichkeiten, prinzipiell schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, dass man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muss. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution. Ist das Bewusstsein der aktiven nationalistischen Kampfgefährtinnen und Kampfgefährten dahingehend ausgerichtet, geht es im nächsten Schritt darum, dass Bewusstsein möglichst vieler Menschen in diese Richtung zu schärfen. In Verbindung mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Frage wird die Revolution wahrscheinlich und die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“¹²⁷

„Egal ob zu Wahlen oder im ständigen politischen Kampf, uns fehlen (noch) die medialen Möglichkeiten, um die breite Massen zu überzeugen und die Presse des Kapitals zu enttarnen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir uns als Kameradschaften, Kommunalpolitiker, Jugendorganisation oder andere Gruppen im Volk verankern und unsere Volksgenossen erkennen lassen, es gibt eine Alternative zu diesem System und zur Unterdrückung. Dort sollte jeder Aktivist im Nationalen Widerstand seine Aufgabe für die nächsten Jahre sehen. Wir tragen eine großartige Idee in uns und führen einen Befreiungskampf - wir müssen ihn nur unter unsere Volksgenossen tragen, so dass der Widerstand erwacht. Revolutionen werden nicht erwählt, sie werden ideologisch erkämpft!“¹²⁸

126 Internetauftritt der NPD KV Mainz-Bingen, 11.05.2007.

127 Internetauftritt der JN Bund, „Revolution statt Reform - Vorwärts zur deutschen Revolution!“, 10.10.2006.

128 Nationaler Beobachter, 28.03.2006.

1.2.2 Ablehnung von Parteien und Parlamentarismus

Beim Entwurf ihrer „Revolution“ bleibt die NPD bewusst unpräzise. Den Vorwurf von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung versucht sie präventiv zu konterkarieren. Sie verwehrt sich gegen das Attribut „antidemokratisch“¹²⁹ und kritisiert stattdessen eine politische Praxis, in der sich Parteien und Interessengruppen den Staat „unter den Nagel reißen“ und ihn zum „Schacher- und Kompromißobjekt“ machen würden.¹³⁰ Schuld sei das Grundgesetz, das einem „gemeinwohlschädigenden“ Parteienregime den Weg geebnet habe.¹³¹ Diesem wolle man „ganz demokratisch“¹³² ein Ende bereiten. Der Staat müsse stattdessen über den Egoismen einzelner Gruppen stehen.¹³³ Begriffe wie „Volksherrschaft“¹³⁴ oder „Identität von Regierten und Regierenden“¹³⁵ sind in diesem Zusammenhang nichts weiter als euphemisierende Fassungen der Forderung nach einem autoritären Führerstaat. Durch die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, die Stärkung der Position des Bundespräsidenten ähnlich denen des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik (quasi „Ersatzkaiser“) und der Direktwahl von Richtern durch das Volk sollen die angebliche „Gewaltenverschränkung“ und Herrschaft des „oligarchischen Parteienkartells“ aufgehoben werden.¹³⁶ In diesem Sinne wird eine neue Verfassung gefordert, in der „der schädliche Parteieneinfluss beschnitten ist.“¹³⁷

Die Ablehnung der repräsentativen Demokratie dokumentiert sich insbesondere durch die permanente Verächtlichmachung von Parlamenten und Parteien, die mit historisch desavouierten Begrifflichkeiten besetzt werden. Die Rede ist in diesem Zusammenhang u. a. von „Volkskammer“¹³⁸, „Blockparteien“¹³⁹ und einem „oligarchischen Parteienkartell“¹⁴⁰. Die verschwörungstheoretisch angelegte Diagnose lautet:

129 Argumente, S.32.

130 Argumente, S.32.

131 Argumente, S.30.

132 Argumente, S.32.

133 Parteiprogramm, Punkt 3.

134 Argumente, S.32.

135 Argumente, S.32 (Zitat von Carl Schmitt).

136 Aktionsprogramm, S.45.

137 Argumente, S.30.

138 Aussage während einer Sitzung des Kreistages Harz [SCHÄFER, Michael],

Schreiben des Landrates des Landkreises Harz, Dr. Ermrich vom 11.01.2008.

139 Internetauftritt der Freien Nationalisten Altmark-West, Mitteilung der NPD LV Sachsen-Anhalt, 20.12.2006

„Die BRD entwickelt sich in wachsendem Maße zu einer totalitären Gesellschaft (...) Das herrschende oligarchische Parteienkartell, von der CDU bis zur PDS, ist eine zentrale Versorgungseinrichtung, welche zu Lasten der Allgemeinheit den Wohlstand der Mitglieder der Kartellparteien sichert. Lukrative Posten werden nach Proporz und dem Grad der Hörigkeit, nicht aber nach Fähigkeit und Leistung verteilt. Sie nehmen maßgeblichen Einfluß auf alle drei staatlichen Gewalten (...) Diese Oligarchie hat sich den Staat zur Beute gemacht.“¹⁴¹

„Täter sind die Systemparteien und das Medienkartell als Handlanger des Großkapitals.“¹⁴²

„Aber es wird überdeutlich, was China hat und Deutschland nicht (mehr) hat: den politischen Gestaltungswillen einer nationalen Regierung, innere Stabilität durch ethnokulturelle Homogenität, eine offensive und bildungshungrige Jugend, einen das ganze Volk formierenden Gemeinschaftsgeist, eine klare Regelsetzung für ausländische Wirtschaftsaktivitäten im eigenen Land und staatliche Entscheidungsstärke statt parlamentarischen Dauergeschwätzes und gesellschaftlicher Selbstblockade durch Partikularinteressen.“¹⁴³

Unverhohlen wird bekundet, dass man die parlamentarische Demokratie abschaffen will. Der so genannte Volkswille soll dann durch plebiszitäre Elemente zur Geltung kommen. Als ausgemacht kann gelten, dass allein die NPD vor dem Hintergrund ihres Volksverständnisses für sich in Anspruch nimmt, den „Volkswillen“ und die „Lebensfragen der Nation“ zu definieren.

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen Sie, dass die Axt

[BAUER, Jens].

140 Aktionsprogramm, S.43ff.

141 Aktionsprogramm, S.43ff.

142 Aktionsprogramm Berlin, Präambel.

143 Deutsche Stimme 4/2007, S.19 [RIEGER, Jürgen].

kommt, dass man bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“¹⁴⁴

„Wir wollen keine Partei unter Parteien sein, sondern eine Alternative zu dem abgewirtschafteten System der BRD.“¹⁴⁵

Ziel der „Dresdner Schule“ sei die „Überwindung des liberalistischen Systems“, um an Stelle des „liberalen Parteienregimes“ eine Volksherrschaft zu setzen, die diesen Namen auch verdiene. Dann entstehe eine „wirkliche Volksherrschaft mit der demokratietheoretisch zwingend gebotenen Identität von Regierten und Regierenden“.¹⁴⁶

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, daß sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln.“¹⁴⁷

„Wir wollen das liberale Parteienregime - ganz demokratisch! - durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. Es entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit einer ‚Identität von Regierten und Regierenden‘.“¹⁴⁸

Während einer Pressekonferenz der NPD am 21. September in Berlin erklärte Udo VOIGT nach Medienberichten, der Parlamentarismus der Bundesrepublik könne nicht „das Endstadium“ sein. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern und nunmehrige Vorsitzende der NPD-Fraktion im dortigen Landtag, Udo PASTÖRS, habe auf die Frage, ob er auf der Grundlage der Verfassung stehe oder das

144 Printmagazin „Stern“ 37/2006, S.82 [PASTÖRS, Udo].

145 Internetauftritt der NPD KV Berlin-Pankow, „Selbstverständnis“, 24.01.2008 [HÄHNEL, Jörg].

146 Internetauftritt der NPD LV Sachsen, „Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“, 03.05.2005 [GANSEL, Jürgen].

147 Parteiprogramm, Punkt 3.

148 Argumente, S.32.

bestehende System überwinden wolle, geantwortet, dies sei eine Frage der Rahmenbedingungen, die eine Verfassung dem Volk auferlege. Wenn das Überleben des Volkes bedroht sei, wäre es unvernünftig, die Verfassung als „heilige Kuh“ zu betrachten. Weiter habe er von möglicherweise notwendigen Justierungen gesprochen sowie davon, dass die jetzige Verfassung nicht „das Endstadium“ sein könne. Die Deutschen hätten „das Recht und die Pflicht“, nach Alternativen zur parlamentarischen Demokratie Ausschau zu halten. Auf die Frage, wie die Verfassung denn überwunden werden könne, habe PASTÖRS geantwortet, dies sei nur möglich, wenn man Mehrheiten finde. Mit Bezug auf die aktuellen Ausschreitungen in Ungarn meinte er, es könne auch in Deutschland zu „unvorhersehbaren Ereignissen“ kommen, wenn „der deutsche Michel aufwacht“, die dann keiner Mehrheitsbeschlüsse mehr bedürften.¹⁴⁹

„Wir Nationaldemokraten werden 2010 flächendeckend zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein antreten und können dem Wähler schon jetzt versprechen, daß es keinerlei Bündnisse oder Mauseheleien mit Kommunisten und Volksverrättern geben wird – und das heißt, mit überhaupt keiner der etablierten Parteien.“¹⁵⁰

„Eins können Sie mir glauben, diese Pseudodemokraten im Bundes-, sowie in den Land- und Kreistagen wissen wahrscheinlich gar nicht mal wie man, daß Wort „Demokratie“ eigentlich schreibt, geschweige denn definiert. (...) Ihr Kevin Stein“¹⁵¹

„Wir brauchen eine radikale Wende: Mehr Sicherheit, weniger Integrations-Gelaber und Multikulti-Illusionen. In der Zuwanderungs- und Einbürgerungspraxis sind Fehler und Versäumnisse von Jahrzehnten zu korrigieren. Von den etablierten Bundestagsparteien ist die notwendige Kehrtwende nicht zu erwarten, denn sie sind für das Unheil verantwortlich. Es gibt nur einen Weg, sie dafür zu bestrafen und endlich eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu erzwingen: NPD! Denn: Wahltag ist Zahltag!“¹⁵²

149 Verlautbarungen von NPD-Funktionären auf einer Pressekonferenz am 21.09.2006, Vgl. , „Süddeutsche Zeitung online“, 21.09.2006 [VOIGT, Udo; PASTÖRS, Udo].

150 Internetauftritt der NPD Schleswig-Holstein, Ausdruck vom 10.11.2008.

151 Internetauftritt NPD Nordfriesland, 12.06.2008.

152 Internetauftritt „hier-in-luebeck“, 20.02.2009.

1.2.3 Diffamierung des Rechtsstaats

In engem Zusammenhang mit der Schmähkritik am „System“ und der Verächtlichmachung von Parteien und Parlamenten steht die Diffamierung des Rechtsstaats durch die NPD. Aufgrund des staatlichen Verfolgungsdrucks gegen rechtsextremistische Personen und Personenzusammenschlüsse wird den Behörden ein nicht rechtsstaatlich gedecktes Handeln vorgeworfen bzw. dem Staat selbst unterstellt, dass ihm eine rechtsstaatliche Ordnung fehle. Dieser angeblich ungerechtfertigten „Repression“ wolle man unter allen Umständen Protest und Widerstand auf der Straße entgegensetzen.

„Die von den Kartellparteien verfassungswidrig kontrollierte Verwaltung wird instrumentalisiert, um Gruppierungen, die ernsthafte Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren: rechtswidrige Versammlungsverbote werden mittlerweile ebenso alltäglich erlassen wie willkürliche Auflagen, die die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit faktisch aushebeln (...) Der totale Überwachungsstaat wird immer sichtbarer. Sein Repressionsapparat schreckt immer weniger davor zurück, auf die politische Konkurrenz der liberalkapitalistischen Parteienoligarchie einzuschlagen (...) Zur Gesinnungskontrolle und zur Schaffung einer totalitären Gesellschaft, die keine politischen Abweichler duldet, haben die etablierten Parteien ein reiches Instrumentarium aus Gesinnungsparagrafen, Behördenwillkür und Geheimdienstaktivitäten geschaffen, welches sicherstellen soll, dass sich an den bestehenden Machtstrukturen nichts ändert.“¹⁵³

„Nachdem das BRD Strafrecht bereits zu einem Gesinnungsstrafrecht mutierte, soll es nun bald ein Gesinnungsversammlungsrecht in Deutschland geben. Damit hat die politische Klasse der BRD, die sich den Staat zur Beute machte, endgültig den Boden der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung (FDGO) verlassen und verfolgt rechtswidrig und willkürlich Patrioten, um sie aus der Mitte der Gesellschaft hinauszudrängen.“¹⁵⁴

¹⁵³ Aktionsprogramm, S.43ff.

¹⁵⁴ Deutsche Stimme, 3/2005, S.9.

„Die Feinde Deutschlands, die herrschenden ‚Ordnungsbehörden‘ und alle Staats-Sklaven, üben immer brutalere Maßnahmen gegen oppositionelle Menschen aus. Mithilfe der massenpsychologisch wirkenden Umerziehung durch bestimmte überstaatliche Machthaber, verlieren die Deutschen ihre Kritikfähigkeit, verhalten sich affektiv sowie primitiv-barbarisch, werden zu Knechten des ihnen, im Bewusstsein selbst verhassten Systems und lassen keine oppositionellen Gedanken zu.“¹⁵⁵

„Leider ist es offenbar System geworden, daß sich die etablierten Politiker der BRD – die sich selbst als Demokraten bezeichnen – skrupellos über den Willen des Volkes hinwegsetzen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Deutschen bei wichtigen politischen Entscheidungen werden von diesen ‚Demokraten‘ immer wieder missachtet(...) Nimmt eine politische Kraft wie die NPD die Interessen des deutschen Volkes wahr, so planen diese selbsternannten ‚Wächter‘ der Demokratie, die politische Konkurrenz zu verbieten, wie jetzt auf dem Bundesparteitag der SPD in Hamburg geschehen. Stalin läßt grüßen!“¹⁵⁶

„(...) die blauäugige Annahme (...) daß die Bundesrepublik ein freiheitlicher Rechtsstaat auf der Grundlage preußisch-deutschen Rechtsverständnisses sei, der das Grundgesetz als oberste Richtschnur seines Handelns habe.“¹⁵⁷

„Und noch eine Frage stellt sich angesichts des Theaters: Ist ein Staat noch ein freiheitlicher Rechtsstaat, wenn Verhältnisse herrschen wie bei der Christenverfolgung im alten Rom?“¹⁵⁸

Eine solche Charakterisierung des Rechtsstaats suggeriert die Notwendigkeit des Protests und der Auflehnung, dem durch eine teilweise aggressive Widerstandsrhetorik Rechnung getragen wird.

155 Internetauftritt der NPD LV Bremen, „Brief an Eva Herman“, 13.11.2007.

156 SH-Stimme 25, S.18 [GUTSCHE, Hermann].

157 SH-Stimme 25, S.10 [LÜTKE, Jens].

158 SH-Stimme 25, S.2 [SCHÄFER, Uwe].

klaffen weit auseinander. Die NPD fordert die Zerschlagung dieser totalitären Strukturen.“¹⁵⁹

„Diese Ungerechtigkeits-Republic ist moralisch längst am Ende, und deshalb braucht sich auch wirklich niemand zu wundern, dass Nationalsozialismus nicht mehr ein Randphänomen ist, sondern kraftvoll aus der Mitte unseres Volkes kommt. Wo Recht zu Unrecht und Unrecht zu Recht wird, wird nationaler Widerstand zur sozialen Pflicht.“¹⁶⁰

„Wehrt euch aktiv gegen den angehenden Polizeistaat, Repression, Unterdrückung brD-Unfreiheit und kapitalistische Bevormundung!“¹⁶¹

„Erkennt den Feind! (...) Kameraden, die Rechtsverletzungen des Systems haben in den letzten Tagen diktatorische Ausmaße angenommen. Meldeauflagen, willkürliche Demonstrationsverbote und Übergriffe der Polizei sind Zeichen, dass die verletzte Bestie sich wehrt. Wenn wir in Zukunft als Freie Deutsche aufrecht leben wollen, dürfen wir jetzt nicht nachlassen in unserem Kampf für ein besseres, ein gerechteres Deutschland.“¹⁶²

Auf einem Aufkleber der NPD ist in diesem Zusammenhang nachzulesen:

„Stein um Stein ... mauern sie uns ein! Wir haben keinen Grund zum Feiern! Auch heute, über 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, sind wir Deutschen immer noch ein Knecht der US-Imperialisten. Die Mitgliedschaft in der NATO zwingt uns zur Kriegsführung in fremden Ländern, deren Schäden wir dann auch noch selber bezahlen müssen und die Ketten der EU drücken unsere Bauern und Arbeiter immer tiefer in die Abgründe des Kapitalismus. Zurück bleiben wir, die deutsche Jugend: arbeitslos, heimatlos, identitäts- und perspektivlos.“

159 Aktionsprogramm, S.46.

160 Gansel, Deutsche Stimme, 01/2007, S. 9.

161 Nationaler Beobachter, Demonstrationaufruf der NPD, KV Harz, JN Harz, 31.08.2007.

162 Nationaler Beobachter, 20.08.2007.

Doch wir sind nicht geboren um unserem Volkstod zuzusehen, wir wehren uns und erkämpfen uns eine deutsche Zukunft! 8. Mai 1945 MACHT EUCH FREI VON DER LÜGE!“(Schreibweise wie im Original)¹⁶³

„Das Fazit kurz und knapp, wieder einmal könnte die deutsche Freiheitsbewegung zeigen, sei es nun Regional oder in anderen großen Städten, sie steht immer da, wo sich Unrecht im Namen von recht und Gesetz breit macht, wo man sich raus nimmt als Staat junge deutsche Freidenker an Hand ihrer Meinung zu deformieren und zu unterdrücken (...) Genau an dieser Stelle betreten wir die Bühne des Geschehens und werden es auch weiterhin nicht nehmen lassen unseren Protest und Widerstand auf die Straße zu tragen.“¹⁶⁴

Diese noch wenig konkrete Widerstandsrhetorik mündet in teilweise martialischen Drohgebärden gegen das System und seine Repräsentanten, zu denen auch die Vertreter der Medien gezählt werden, was Hinweise auf das NPD-Verständnis von Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit liefert.

„Wer meint uns überwachen zu müssen, der müsste eigentlich wissen, dass wir dem ganzen Treiben nicht tatenlos zusehen. Ihr könnt euch nicht in euren kühnsten Träumen vorstellen, was noch kommen wird.“¹⁶⁵

„Mit den Worten eines deutschen Patrioten – Theodor Körner: ‚Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten. Vom Feinde bezahlt, doch dem Volke zum Spott! Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann Gnade Euch Gott!‘ Und ich ergänze: Hanf zu Seilen! Und Laternen zu Galgen (...) Deutscher Michel werde munter,

¹⁶³ Festgestellt am 05.05.2008 an einem Schulgebäude in Lutherstadt Wittenberg.

¹⁶⁴ Internetauftritt www.repage5.de/member/sozial-revo-qft/mahnwachediezweite.html, 28.03.2008.

¹⁶⁵ Internetauftritt der JN Staßfurt, 28.03.2007, Anmerkung: Die Drohgebärden dieses und des nachfolgenden Zitats richten sich konkret gegen den Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haselhoff, und den Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Rüdiger Erben.

denn dein Vaterland geht unter! Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.“¹⁶⁶

Uwe LEICHSENRING hat in der Debatte in Bezug auf den Überfall auf einen Deutsch-Äthiopier in Potsdam geäußert, dass die Tatverdächtigen in einer „Guantanamo-Light-Version“ zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe geflogen worden seien. Würde man dies mit linken Gewalttätern ebenso machen, seien ganze Sonderzüge notwendig. Auf einen Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, dass es schon einmal Sonderzüge gegeben habe, entgegnete LEICHSENRING laut Landtagsprotokoll: „(...) manchmal wünscht man sie sich wieder (...)“.¹⁶⁷

„Die politischen Machtverhältnisse ändern sich. Und ich sichere den Schreiberlingen der Medien zu, die morgen wieder ihre Hetze verkünden werden: Wenn sich die Machtverhältnisse geändert haben, dann haben wir unsere Volksverhetzungsprozesse längst hinter uns, ihr werdet sie dann aber vor euch haben.“¹⁶⁸

„Wir werden sie (die Politiker) dereinst vor ein Gericht stellen, damit sie Gelegenheit haben, sich zu rechtfertigen. Und wenn sie das nicht können, werden wir ihnen Gelegenheit geben, den Schaden am deutschen Volk abzarbeiten, den sie angerichtet haben.“¹⁶⁹

Bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Thema „Neofaschismus in Deutschland“ in Berlin-Marzahn versammelten sich etwa 30 Mitglieder und Anhänger der NPD vor dem Gebäude und zeigten NPD-Parteifahnen sowie ein Transparent mit der Aufschrift: „Haftstrafen, Platzverweise, Übergriffe ... Nichts wird vergeben, Nichts wird vergessen.“¹⁷⁰

¹⁶⁶ Internetauftritt der NPD KV Burgenland, 30.12.2007.

¹⁶⁷ Aktuelle Debatte des Sächsischen Landtags am 11. Mai 2006 [LEICHSENRING, Uwe; verstorben].

¹⁶⁸ Verfassungsschutzbericht 2006, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, S.73.

¹⁶⁹ „Blick nach Rechts“ (bnr) 10/2007, S.4, Rede auf 1.-Mai-Demonstration in Dortmund [VOIGT, Udo].

¹⁷⁰ LKA Berlin, Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, 25.01.2008.

Der Leiter des „Nationalen Bildungskreises“ (NBK) des JN-Bundesvorstandes, Matthias GÄRTNER, bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als „schwach und verkommen“. Er droht den Verantwortlichen: „Die Gestalten machen es nicht mehr lange und die Knüppelschwinger von einst sind dann nicht Vergessen. Versprochen!“¹⁷¹

„Doch einst kommt der Tag, an dem sich die feinen Herren für ihr Verhalten rechtfertigen müssen. Nicht wegen Volksverhetzung, sondern wegen Hochverrat.“¹⁷²

„(...) denn zeitgleich wurde im Landtag von Schleswig-Holstein die Gesetzesvorlage für das neue Verfassungsschutzgesetz von der Großen Koalition beinahe blind durchgewunken. Ob den Politikern zu diesem Zeitpunkt überhaupt klar war, daß durch das Gesetz elementare Grundrechte verletzt werden? Verhalten sich unsere Landespolitiker etwa bewußt verfassungswidrig? (...) Durch ein solches Gesetz ist die BRD auf dem besten Wege in Richtung Überwachungsstaat, und dem Bürger könnten sich bald Parallelen zu den Sicherheitsorganen der DDR aufdrängen. (...) Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist sicherlich nur ein vorgeschobener Grund – vielmehr geht es darum, eine aufstrebende nationale Oppositionsbewegung zu unterdrücken, um den eigenen Machterhalt zu sichern.“¹⁷³

„Auch unser „Freund“ Ralf Stegner hat als Aufsichtsrat der HSH-Nordbank offensichtlich jahrelang geschlafen, aber dennoch bereitwillig die Hand aufgehoben. Bei den Geschehnissen um die HSH-Nordbank vermissen wir die sonst so markigen Worte des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Dabei gäbe es hinreichend Klärungsbedarf! Daß die norddeutsche SPD an einer Aufklärung wenig Interesse hat, scheint jedoch bereits zur Tradition zu werden. Auch zu Zeiten, als noch die ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis Aufsichtsratschefin der HSH-Nordbank war, taumelte das Geldhaus durch manchen (unaufgeklärten) Skandal. (...) Die einzelnen Banken dürfen schließlich nicht mehr in Konkurrenz gegeneinander arbeiten, sondern unter stattlicher Führung und nach rationalen Gesichtspunkten dem Wohl der Volksgemeinschaft dienen.“¹⁷⁴

171 Internetauftrag der NPD Sachsen-Anhalt, 05.08.2008 „Sachsen-Anhalt’s Polizeieinsätze gegen Rechts - Süffige Pestbeulen am Kadaver des Innenministeriums“.

172 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt vom 16.01.2008 Pressemitteilung [BAUER, Jens].

173 Internetauftritt NPD Schleswig-Holstein, Ausdruck vom 22.04.2008.

174 Internetausdruck NPD Schleswig-Holstein, Ausdruck vom 22.01.2009.

1.2.4 Delegitimierung der Bundesrepublik Deutschland und des Grundgesetzes

Ihre ablehnende Haltung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dokumentiert die NPD, indem sie die Bundesrepublik Deutschland als rechtsnachfolgende Gebietskörperschaft und ihre Verfassung in Frage stellt. So behauptet die NPD den völkerrechtlichen Fortbestand des Deutschen Reiches und spricht dem Grundgesetz als „Diktat der Siegermächte“ seine Legitimation ab.

Grundlegend ist in diesem Zusammenhang die immer wiederkehrende Unterstellung einer anhaltenden Fremdherrschaft auf deutschem Boden. Danach sei der 8. Mai 1945 kein Tag der Befreiung gewesen, sondern des Verlustes deutscher Souveränität.

„Den 8. Mai 1945 als ‚Tag der Befreiung‘ zu bezeichnen, kann mit Fug und Recht als der größte Begriffsbetrug in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts aufgefaßt werden (...) Das Deutsche Reich, das in der kurzen Zeitspanne von 1933 bis 1939 die Fesseln von Versailles abgestreift hatte und zu einem nationalen und sozialen, autoritativen und wehrhaften Staatswesen mit großer Anziehungskraft geworden war, war nun ein Leichenhaus (...) Deutschland war zum Befehlsempfänger, zum Laboratorium, zur Ausbeutzungszone und zum Totenhaus der kapitalistischen-kommunistischen Weltkoalition geworden.“¹⁷⁵

„Befreit am 8. Mai? – Wie FREI seid Ihr denn? Wer heute den 8. Mai als ‚Tag der Befreiung‘ versteht ist entweder ein Narr oder ein Sklave dieses Systems, der eine aufgezwungene Unmündigkeit nicht zu widersprechen in der Lage ist. Am 8. Mai 1945 begann das Leid des deutschen Volkes. Millionen von Deutschen wurden aus dem Osten vertrieben, 4 Millionen verloren dabei ihr Leben. Der Bolschewist machte sich die Hälfte Europas zu eigen und unterdrückte für ein halbes Jahrhundert mit seinem sowjetischen Feudalismus die Freiheit der europäischen Völker. Auf der anderen Seite machte sich ein ausgeklügeltes System der planmäßigen Ethnisierung breit, das in Verbindung mit einer bis heute anhaltenden psychologischen Kriegsführung, dem Prinzip der Verblendung durch Wohlstand, die Völkerpersönlichkeiten des europäischen Kulturkreises zer-

¹⁷⁵ Deutsche Stimme 5/2005, Beilage S. 1 [VOIGT, Udo].

stört. Damit einher geht auch die Zerstörung der Volkssouveränität, also der Zusammenhalt der einzelnen Glieder einer generationsübergreifenden Schicksalsgemeinschaft. Von was wurdet ihr also befreit? Ihr wurdet befreit von eurer Identität, von eurer Würde und von eurer Souveränität!¹⁷⁶

„Angesichts der eigenen Betroffenheit waren die Alliierten zur Errichtung einer langfristigen Unterdrückung des deutschen Volkes gezwungen weitere Verbrechen und Rechtsbrüche zu begehen und diese mit ihrer Propaganda als ‚Befreiungstaten‘ umzudeuten. Ein gleichzeitig aufgelegtes Umerziehungsprogramm (re-education) soll sicherstellen, daß die Deutschen, denen man die Identität genommen hatte, fortan das Unrecht der Besatzer als neue Rechtsgrundlage loben und preisen sollten (...) Der sogenannte ‚Schuldkomplex‘, also die massenweise psychische Schädigung vieler Deutscher durch psychische Folter mittels der sogenannten re-education, hindert viele Deutsche heute selbstbewußt ihre eigenen Interessen in der internationalen Politik zu vertreten.“¹⁷⁷

Das Grundgesetz wird als ein „Diktat der Siegermächte“ verleumdet, das nicht durch das deutsche Volk legitimiert sei. Daher wäre es keine „wirkliche Verfassung“, die als solche erst von einer deutschen Nationalversammlung bestätigt werden müsse.

„Zuerst einmal ist festzuhalten, daß das Grundgesetz ein Diktat der westlichen Siegermächte ist, da der Parlamentarische Rat mit kleinen Einschränkungen nur die Vorgaben der westalliierten Militärgouverneure umsetzte. Das deutsche Volk durfte nie in einer Volksabstimmung über das Grundgesetz befinden, weshalb es seit seiner Verkündung 1949 ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweist.“¹⁷⁸

„Bekanntlich gibt es in diesem Land keine vom Volk in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung. Die BRD hat lediglich ein Grundgesetz, welches von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg dem Deutschen Volk genehmigt wurde.“¹⁷⁹

176 Internetauftritt der JN Staßfurt, 16.04.2007.

177 Internetauftritt der NPD Bund, Redetext, 25.10.2006 [VOIGT, Udo].

178 Argumente, S.30.

179 SH-Stimme 20, S.10.

„Eine deutsche Nationalversammlung müßte deshalb eine wirkliche ‚Verfassung‘ verabschieden, als die selbst die BRD-Gründungsväter das Grundgesetz nicht ausdrücklich angesehen haben.“¹⁸⁰

Darüber hinaus wird ein völkerrechtlicher Fortbestand des Deutschen Reiches behauptet und dessen Wiederherstellung in voller Souveränität gefordert, „um wieder Herr der eigenen Dinge“ zu werden.

„Wenn wir von Reich reden, meinen wir (...) die Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches (...) Unser Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, um wieder Herr unser eigenen Dinge zu werden.“¹⁸¹

„Das deutsche Reich besteht nämlich völkerrechtlich fort, und dies selbst nach Auffassung des Grundgesetzes, wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung aus dem Jahr 1973 festgestellt hat. Seit dem 23. Mai 1945, dem Tag der Verhaftung der Regierung Dönitz, ist es aber nicht mehr souverän und handlungsfähig.“¹⁸²

Auf einer Rednerveranstaltung in Berlin-Buckow behauptet Udo PASTÖRS, dass es im Grundgesetz laute: „Das Grundgesetz für die BRD“. Das Wort „für“ zeige deutlich, dass sich das deutsche Volk dieses Grundgesetz nicht eigenständig gegeben habe. Daher sei das Grundgesetz nicht mehr bindend für das deutsche Volk, da es seine Gültigkeit mit der Wiedervereinigung Deutschlands verloren habe.¹⁸³

180 Argumente, S.29f.

181 Argumente, S.33.

182 Argumente, S.33.

183 Rednerveranstaltung des NPD-Landesverbandes Berlin in Berlin-Buckow, 08.05.2008 [PASTÖRS, Udo].

2 Verhältnis zur Gewalt- und Willkürherrschaft des Nationalsozialismus

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil gegen die SRP ausgeführt, dass eine Partei den Verbotstatbestand des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG erfüllt, wenn sie in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der NSDAP aufweist. Die NPD erfüllt diese Voraussetzung in zweierlei Hinsicht. Zum einen glorifiziert sie die Gewalt- und Willkürherrschaft der NSDAP sowie ihrer führenden Repräsentanten und imitiert sie in der Diktion (Wesensverwandtschaft). Zum anderen führt sie auf pseudohistorische Argumente gestützte Diskurse über die deutsche Kriegsschuld, den Holocaust sowie die territoriale Ausdehnung Deutschlands mit dem Ziel, den historischen Nationalsozialismus als Grundlage einer neuen/alten Ordnung zu rehabilitieren (Revisionismus).

2.1 Revisionismus

Für die Überlebensfähigkeit der „völkischen Nation“ ist in der Ideologie der NPD neben ihrer inneren Homogenität und äußeren Unabhängigkeit ihre historisch gewachsene Identität von tragender Bedeutung. Eine negativ belegte Vergangenheit wie das Schuldvermächtnis vom Dritten Reich und Nationalsozialismus sowie deren Bewältigungsversuche erscheinen kontraproduktiv für die kollektive Identität der „Volksgemeinschaft“. In dieser Sichtweise kann eine Geschichtsschreibung nicht wertfrei – wissenschaftlich erkenntnisgesteuert – erfolgen, sondern muss sich – strategisch kalkulierend – am vorgeblichen nationalen Interesse orientieren.

„In Japan funktionieren noch die Selbstreinigungsmechanismen der politischen Elite, da das Gemeinwohl im Mittelpunkt der Politik steht. Würde man japanische Maßstäbe anlegen, müsste der halbe Bundestag neu gewählt werden. Wie oft haben schon vom Volk bezahlte Berufspolitiker ohne Konsequenzen öffentlich behauptet, dass etwa der alliierte Luftangriff gegen die deutsche Zivilbevölkerung ‚unausweichliche Folge des Hitlerkrieges‘ und folglich ‚selbst verschuldet‘ sei?“¹⁸⁴

Groteskerweise nimmt die psychopathologische Bewältigung des Dritten Reiches mit zunehmendem zeitlichen Abstand nicht ab, sondern zu. Die Vergangenheit soll einfach nicht vergehen, weil man Deutschland nur dann klein halten kann, wenn die Bundesrepublikaner unge-

184 Deutsche Stimme 9/2007, S.11 [BABIC, Safet].

hemmt ihrer Schuld lust fröhen und sich selbstanklägerisch erniedrigen. Das widerliche Dogma dieser Schuldreligion heißt: Meine Ehre heißt Reue.¹⁸⁵

Ziel ist die Überwindung eines angeblichen „Schuld komplex der Deutschen“¹⁸⁶. Die NPD wehrt sich „gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch die einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands“¹⁸⁷ und bemängelt in diesem Zusammenhang eine „einseitige Indoktrination“¹⁸⁸ durch die Schule. Die Bildung eines Selbstwertgefühls der heranwachsenden Deutschen dürfe nicht „durch die Reduzierung der Geschichte auf ‚Auschwitz‘ und ‚Lidice‘ zerstört werden“.¹⁸⁹

„Deutschland braucht um seiner Zukunft Willen ein nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands, die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher. Wir fordern deshalb zum Schutz der Ehre des deutschen Volkes (..) ein Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung. Wir Deutschen sind kein Volk von Verbrechern“.¹⁹⁰

Die NPD versucht, das Geschichtsbild über die Zeit des Nationalsozialismus zugunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung zu korrigieren. In der moderatesten Form geht es lediglich darum festzustellen, dass „nur weil es etwas schon im Dritten Reich gegeben hat, muß es nicht automatisch schlecht sein“.¹⁹¹ Dabei wird oft auf die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ und oder den „Autobahnbau“ hingewiesen.¹⁹² In a-historischer und aggressiverer Weise wird jedoch auch die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs

185 Deutsche Stimme 08/2008, S.6 [GANSEL, Jürgen].

186 Aktionsprogramm Berlin, Präambel.

187 Parteiprogramm, Punkt 11.

188 Aktionsprogramm, S.56.

189 Aktionsprogramm, S.58.

190 Parteiprogramm, Punkt 11.

191 Argumente, S.32.

192 Argumente, S.34.

geleugnet und der Massenmord an den Juden zumindest relativiert. Revisionistische Bestrebungen drücken sich darüber hinaus in der Infragestellung der Gebietsgrenzen Deutschlands und seiner östlichen Nachbarländer, insbesondere Polens, aus.

2.1.1 Grenzrevisionismus

Die territoriale Ausdehnung der Bundesrepublik Deutschland wird von der NPD mit Hinweis auf die früheren Grenzen des Deutschen Reichs als nicht endgültig angesehen. Die Wiederherstellung Deutschlands sei „mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht“. Mitteldeutschland sei nicht Ostdeutschland und Ostdeutschland nicht Polen: „Danzig bleibt Danzig und ist nicht ‚Gdansk‘, Breslau bleibt Breslau und ist nicht ‚Wroclaw‘.“ Die NPD fordert die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge und geht dabei in einigen Forderungen sogar noch über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 hinaus.

„Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! Die ersatzlose Streichung der Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen ist Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Völker. Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge.“¹⁹³

„Für jeden geschichtlich etwas bewanderten steht außer Frage, dass es sich bei dem Gebiet der früheren DDR um das historische Mitteldeutschland und nicht um Ostdeutschland handelt, das östlich von Oder und Neiße liegt. Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland, und Ostdeutschland ist nicht Polen – Danzig bleibt Danzig und ist nicht ‚Gdansk‘, Breslau bleibt Breslau und ist nicht ‚Wroclaw‘.“¹⁹⁴

„Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge (...) Die unsere Geschichte mißachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen.“¹⁹⁵

193 Parteiprogramm der NPD, Punkt 10.

194 Argumente, S.30f.

195 Parteiprogramm, Punkt 10.

„Keine nach 1945 von den Siegern willkürlich und zwangsweise erfolgte Grenzziehung und Umsiedlung in Europa hat vor einer endgültigen europäischen friedensvertraglichen Regelung freier, souveräner Staaten unter Anwendung des Völkerrechts auf Dauer Gültigkeit. Das weiß auch die polnische Regierung, das wissen auch die Polen, die seit 1945 im deutschen Besitz wohnen, ohne dafür zu bezahlen, unsere Bodenschätze plündern und die deutsche Infrastruktur nutzen. (...) Dafür darf es kein Vergeben und kein Vergessen geben! Dies ist kein Revisionismus, sondern das wird die klare Sachpolitik eines freien Deutschlands sein.“¹⁹⁶

Derlei Aussagen widersprechen dem Völkerrecht, insbesondere dem „2+4“-Vertrag vom 12. September 1990.

Daneben existieren auch symbolische Äußerungen gebietsrevisionistischer Forderungen. Auf den Webseiten des JN-Stützpunktes Staßfurt findet sich eine unvollständige Europa-Karte, auf der die Ostgrenze des Deutschen Reiches von 1918 erkennbar ist. Die gezeigte Karte in ihrer Gesamtheit entspricht aber weder dem Grenzbestand von 1914 (Österreich-Ungarn) noch dem nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Das baltische und slawische Mittel- und Osteuropa bleibt auf dieser Karte ausgeklammert.¹⁹⁷

An einem auf dem Kriegerdenkmal am Schloss Allstedt niedergelegten Kranz befanden sich zwei Schleifen mit den Aufschriften: „Wir gedenken derer, die für eine große Idee gelebt, gekämpft, gestorben sind! Für ein vereintes Großdeutsches Reich“ und „Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo! Freie Kräfte, NPD, JN, RNF, Unser Glaube Deutschland!“¹⁹⁸

In einem Beitrag erklärt der Autor, der der JN Halle zuzurechnen ist, die Bundesrepublik Deutschland zum Provisorium.

„Wieder einmal jährt sich der Tag an dem Deutschlands Mitte sich mit dem Westen vereinte und bereits kurze Zeit später zum Osten der Bundesrepublik stelsiert wurde. Voraus gegangen war der Untergang der realexistenzuell-sozialistischen Systemalternative zum Kapita-

¹⁹⁶ Deutsche Stimme 8/2007, S.2 [VOIGT, Udo].

¹⁹⁷ Internetauftritt der JN Staßfurt, 17.11.2007.

¹⁹⁸ Lagemeldung des MI, 20.01.2008 [beteiligt u.a. MARX, Enrico].

lismus, - die Deutsche Demokratische Republik. Die sozialistisch-kommunistische lehre und die reale Wirklichkeit waren zwei unterschiedliche paar Schuhe. Letzt endlich scheiterte die DDR weil die Menschen die Frage der freien Meinung mit einer privaten/inoffiziellen und einer dienstlichen/offiziellen Meinung beantworten.....Mit dem Beitritt der fünf neuen Länder in Mitteleuropa zum Gebiet des Grundgesetz der BRD wurde der eigentlichen Aufgabe des Grundgesetzes nicht entsprochen, -nämlich eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Damit bleibt die (nun vergrößerte) BRD weiterhin ein Provisorium.“

(Schreibweise wie im Original)

Die Forderung nach einer „verfassungsgebenden Versammlung“ sowie die damit verbundene Argumentation, die BRD sei ein Provisorium ist als solche gebietsrevisionistisch, da sie auf die Aufhebung der bestehenden Grenzen abzielt.¹⁹⁹

2.1.2 Leugnung bzw. Relativierung deutscher Kriegsschuld

Die historische Schuld des Dritten Reichs und seiner nationalsozialistischen Regierung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wird von der NPD in Frage gestellt. Geleugnet wird mindestens die historisch anerkannte These der deutschen Alleinschuld. Die etablierte Geschichtsschreibung zum Thema wird abgelehnt und deren Erkenntnisse zur Kriegsschuldfrage zu den „konstituierenden Gründungsmythen der BRD“²⁰⁰ verklärt. Stattdessen wird behauptet, dass der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs „trotz umfangreicher Verhandlungsbemühungen von Seiten des Dritten Reiches nicht verhindert werden konnte“²⁰¹ und von einem „Präventivkrieg“²⁰² der deutschen Wehrmacht gegen den Bolschewismus gesprochen.

„Ist es (...) nicht legitim, statt von einer Kriegsschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg von einem Weltkrieg gegen Deutschland zu reden? Einem Weltkrieg der unserem Volk unvorstellbares abverlangt hat und zu einem Heldentum ohne Beispiel führte.“²⁰³

¹⁹⁹ Internetauftritt der JN Sachsen-Anhalt, 6. Oktober 2008, „GEDANKEN ZUM 3. OKTOBER“.

²⁰⁰ Deutsche Stimme 9/2006, S.24 [ALTSTEDT, Thomas].

²⁰¹ Internetauftritt der NPD LV Berlin, „Mord verjährt nicht“, 16.08.2007.

²⁰² Deutsche Stimme 1/2007, S.25 [TEGETHOFF, Ralph].

²⁰³ Internetauftritt von „Endstation rechts“, Redemitschrift, 20.11.2007 [BRÄUNIGER, Eckart].

Relativiert werden soll die Kriegsschuld vor allem durch ein Aufwiegen angeblicher Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte und die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten.

„Seit dem 8. Mai 1945 wird gegen das deutsche Volk psychologisch Krieg geführt. Dies ist erforderlich angesichts ungeheurer alliierter Kriegsverbrechen. Deutsche Städte wurden durch anglo-amerikanische Luftkriegsverbrecher vorsätzlich zerstört und Hunderttausende Zivilisten ermordet. Über eine Million deutsche Kriegsgefangene wurden von den Westalliierten umgebracht. Die Rote Armee verübte furchtbare Greuel. Die Vertreibungsverbrechen forderten 6 Millionen Opfer (...) Die Besatzer (...) mutierten zu ‚Befreiern‘, ihre Verbrechen zu ‚Befreiungstaten‘. Diese Absurdität mußte hinter gigantisch aufgebauchten tatsächlichen oder angeblichen Greuelthaten der Nationalsozialisten versteckt werden. (...) Es wird uns eingeredet, daß wir am Krieg und der Bekämpfung des europäischen Judentums Schuld seien und daß die Verbrechen der Alliierten die verdiente Strafe dafür sei.“²⁰⁴

Solche historischen Tatsachen widersprechenden Konstrukte münden in der unangemessenen Verwendung bewusst Assoziationen erzeugender Begrifflichkeiten wie dem „Bomben-Holocaust“²⁰⁵, der Einstufung Churchills als „Kriegsverbrecher“²⁰⁶ und der Forderung nach einer „längst überfälligen Anklage alliierter Massenmörder und die Revision der dies bislang verbietenden Verträge“.²⁰⁷

„Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde (...) Ich (...) möchte an dieser Stelle nur mitteilen, dass unsere Fraktion die nächsten Jahre nutzen wird, um auch hier im Sächsischen Landtag mächtige Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen zu schlagen. Mit dem heutigen Tag haben wir auch in diesem Parlament den politischen Kampf gegen

204 Internetauftritt der NPD Bund, 05.05.2005.

205 Deutsche Stimme 5/2005, Beilage S.1 [GANSEL, Jürgen].

206 Deutsche Stimme 2/2005, S.3, S.21.

207 Parteiprogramm, Punkt 14; Aktionsprogramm, S.42.

die Schuldknechtschaft des deutschen Volkes und für die historische Wahrhaftigkeit aufgenommen.²⁰⁸

„NKWD-Terror, Säuberungen, die auf dem gesamten deutschen Gebiet stattgefunden haben, auf dem Gebiet der sowjetisch-russischen Besatzung. Sachsenhausen, Buchenwald, Gulak und ähnliche Sachen sollen hier nicht verschwiegen werden. Bis heute wurde dafür niemand zur Verantwortung gezogen. Ganz im Gegenteil. Die Erben der Kollaborateure, der Handlanger und der Vollstrecker sitzen heute sogar im Senat von Berlin. Wir wollen mit dem Antrag gegen die Einseitigkeit das Wort ergreifen, die in der deutschen Geschichtsschreibung Einzug gehalten hat. Wir wollen auch die deutschen Opfer einer historischen Epoche ehren und würdigen. Wir wenden uns gegen den in diesem Lande herrschenden Nationalmasochismus. Wir wollen Objektivität. Auch wenn es dazu führen würde, daß die Straßen Berlins, wenn wir rote Stolpersteine einlassen würden, wahrscheinlich blutrot aussehen würden.“²⁰⁹

2.1.3 Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust

Die NPD empfiehlt ihren Parteimitgliedern, eine konkrete Auseinandersetzung mit den Themen Holocaust und Kriegsschuldfrage bewusst zu meiden.²¹⁰ Allerdings hat gerade der Massenmord an den europäischen Juden im Rahmen der Geschichtsklitterung seitens der NPD eine so zentrale Bedeutung, dass vor allem führende Parteimitglieder sich dennoch immer wieder dazu äußern. Zum einen wird Kritik daran geübt, dass dieses Thema überhaupt noch auf der politischen Agenda steht und dass Strafverfolgung dafür droht, wenn von der etablierten Geschichtsschreibung abweichende Sichtweisen geäußert werden. Zum anderen wird das historische Stattfinden des Holocaust – zumindest in seinem überlieferten Umfang – in Zweifel gezogen.

208 Deutsche Stimme 5/2005, Beilage S.1 [GANSEL, Jürgen].

209 Rede auf Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg, Internetauftritt der NPD LV Berlin, 13.06.2008 [HÄHNEL, Jörg].

210 Argumente, S.34.

„Die Schuld der Deutschen am Holocaust - da ist sie denn wieder die Canossa-Mentalität der gegenwärtig regierenden Führungsschicht in Deutschland, die den Deutschen für ewige Zeiten aufgedrückt werden soll.“²¹¹

Die Kritik an der Thematisierung des Holocaust macht sich exemplarisch an der Haltung der NPD zur Existenz von Mahnmalen fest. Die NPD bezeichnet das Holocaustdenkmal am Brandenburger Tor in Berlin in verschiedenen Zusammenhängen als „Bundesschamanlage“²¹² und unterstellt, es solle „wie ein Kainsmal Schande über diese Stadt“²¹³ bringen. Auch im Zusammenhang mit den „Stolpersteinen“ als Erinnerungen an die Juden-Deportationen und der Eröffnung einer Gedenkstätte in Bergen-Belsen werden ähnliche Vorwürfe erhoben.

„Wer nicht nur von der Welle einer einseitigen Schuldmoral getragen, sondern von dieser auch ernährt wird, hat überdies gute Chancen, demnächst zur moralischen Instanz aufzusteigen sowie den Bundesverdienstkreuz und weitere Preise einzusammeln. Man eben nur rechtzeitig merken, wo und wie man Kohle machen kann. Das Beispiel (Produzent der Stolpersteine) zeigt, daß man dazu keineswegs zum Hochstapler werden muß. Es reicht schon aus, sich in der BRD Betroffenheitskultur dort einzureihen, wo der Rubel rollt.“²¹⁴

„Wieder einmal wurden enorme Summen verschleudert, um eine schädliche Gedenkkultur in Niedersachsen zu verstärken. 13 Millionen Euro wären besser in Schulen und Kindergärten investiert worden, statt den Deutschen erneut ein perfektes Denkmal zu präsentieren, durch das fortan Schüler zwangsverschleppt werden. Deutschland ist wohl weltweit das einzige Land, in dem Denkmäler der Schuld eingerichtet werden. Statt aber identitätszerstörende Erinnerungsstätten zu finanzieren, sollte in Niedersachsen zukünftig nur noch das von der Politik unterstützt werden, was ein neues Gemeinschaftsgefühl schafft. Über 60 Jahre nach Kriegsende muß endlich Schluß sein mit einem mittlerweile unerträglichen Sühnekult.“²¹⁵

211 Internetauftritt der NPD Bund, 30.01.2006.

212 Internetauftritt der NPD Bund, 18.05.2006; Internetauftritt der NPD LV Berlin, 04.01.2007.

213 Internetauftritt des NPD-Bundsvorsitzenden, 17.9.2006 [VOIGT, Udo].

214 Internetauftritt der NPD LV Berlin, „Konjunkturritter“, 18.05.2006.

215 Internetauftritt der NPD LV Niedersachsen, „Schädliche Gedenkkultur“, 30.10.2007 [MOLAU, Andreas].

„Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.“²¹⁶

„Im Landkreis Oberhavel, dem Kreis mit der größten KZ-Dichte in der Bundesrepublik (Oranienburg, Sachsenhausen, Ravensbrück), ist die NPD (4,3 Prozent) nicht nur mit zwei Abgeordneten im Kreistag vertreten. Sie sitzt jetzt auch mit zwei Mandaten in der Oranienburger Stadtverordnetenversammlung und mit einer Abgeordneten im Stadtparlament von Fürstenberg/Havel, also in jenen Städten, die den Gedenkstätten-tourismus kultivieren (...) Dem verdammten Wähler ist nicht über den Weg zu trauen! Diese Erkenntnis wird alle Trauerarbeiter, Dauerbetroffenen, Schuldaufbereiter, Schamspender und Deutschland-Exorzisten durch ihre fernere, traurige Existenz begleiten. Trotz aller Mühen und Aktionen „gegen Rechts“: im Wahlkampf nun nicht mehr unter sich zu sein, das ist für diese Herrschaften die schlimmste vorstellbare Heimsuchung überhaupt. Nunmehr können alle Gelder, alle Aktivitäten und Umtriebe, die sich in Richtung der unter politischem Denkmalschutz stehenden Sühneorte bewegen, hinterfragt, offengelegt und überprüft werden.“²¹⁷

„Wird für die, die nicht die bundesrepublikanische Staatsmode von Büsserhemd und Narrenkappe tragen wollen, wieder eine Baracke in Buchenwald oder Auschwitz aufgeschlossen? Vielleicht mit jungen Migranten als Aufsehern, die dann als Hövelmanns willige Vollstrecker jungen Deutschen ihre angebliche Erbschuld mit der Auschwitz-Keule einprügeln? In der Canossa-Republik ist jedenfalls vieles vorstellbar. Schließlich kommt ja auch die Studie zu dem Ergebnis, daß die NS-Vergangenheit für junge Menschen eine große Rolle spielt – im Positiven wie im Negativen. Will heißen: Die geschichtspornographisch eingefärbte Trauer- und Bewältigungsarbeit entscheidet über das Maß an adressiertem nationalen Selbsthaß, den in- und ausländische Mächte zur Durchsetzung ihrer deutschenfeindlichen Interessen ja unbedingt brauchen.“²¹⁸

216 Fernsehmagazin „Report Mainz“, 04.10.2004 [VOIGT, Udo].

217 Deutsche Stimme 12/2008, S.2.

218 Deutsche Stimme 08/2008, S.6 [GANSEL, Jürgen].

Gleichzeitig wird Kritik an der Strafverfolgung der Holocaust-Leugnung geübt. In derartige Äußerungen werden häufig unterschwellige Hinweise auf die eigene – abweichende – Meinung zum Thema eingestreut und damit der Holocaust auf indirekte Weise in Zweifel gezogen.

„Für Wirtschaftskriminelle, Vergewaltiger, Räuber usw. werden niedrigere Strafen verhängt. Wer in dieser Republik die Fäden zieht, wird durch dieses unglaubliches Urteil einmal mehr deutlich (...) Da wir mittelalterliche Zustände haben, und unsere Justiz von dem Inquisitionsprozess des Mittelalters hinsichtlich Holocaust-Prozessen nicht weit entfernt ist, lehne ich diese Verteidigungseinschränkung ab (...) Die Gründe, weshalb ich für einen Freispruch von Ernst ZÜNDEL bin, dürfen der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Die Argumente der Revisionisten müssen unter den Tisch gekehrt werden, damit das Dogma bestehen bleibt.“²¹⁹ [Anmerkung: Gegen den Strafverteidiger im sogenannten „ZÜNDEL-Prozess“, Jürgen RIEGER, wird aufgrund mehrfacher Holocaust-Leugnung Anklage wegen Volksverhetzung erhoben.]

„Ich darf es nicht leugnen, also tue ich es nicht. Wer es bezweifelt, geht ins Gefängnis.“²²⁰

Interviewfrage: „Sind Juden vergast worden?“ Antwort von Udo PASTÖRS: „Ich sage Ihnen, ich werde mich nicht dazu äußern, weil es in Deutschland strafrechtlich äußerst kompliziert wird, wenn man dieses Thema anschneidet (...) Ich bin nicht der Mensch, der eine Frage, die so komplex ist, mit ja oder nein beantwortet (...) Kein Techniker konnte mir bis heute erklären, wie das mit den Gaskammern technisch funktioniert hat.“²²¹

Udo VOIGT äußert in dem gleichen Gespräch: „Ich habe das zu glauben, was die Regierung sagt. Aber mir wäre wohler, wenn ich wissen könnte.“²²²

219 Deutsche Stimme 04/2007, S.8 [RIEGER, Jürgen].

220 „Vogtlandanzeiger“ vom 17. Mai 2006 [LEICHSENRING, Uwe; verstorben].

221 Printmagazin „Vanity Fair“, 07.02.2007, S.170 ff. [PASTÖRS, Udo].

222 Deutsche Stimme“ 3/2007, S.19 [MOLAU, Andreas].

Auf einer Rednerveranstaltung bezeichnete Udo PASTÖRS den Holocaust als „These“. Er selbst habe in der Schule gelernt, dass zu jeder These eine Gegenthese zulässig sei und beides zusammen eine Synthese ergäbe. In einem demokratischen Land, in welchem die Meinungsfreiheit angeblich groß geschrieben werde, sei die Antithese zum Holocaust jedoch bei Strafe verboten.²²³

„In einem Interview (...) erklärte Williamson, er glaube nicht, daß ‚die Deutschen‘ während des Zweiten Weltkrieges Juden ‚vergast‘ hätten. Gegenüber seinem Gesprächspartner, dem Fernsehreporter Ali Fegan, bekannte Williamson: ‚Ich glaube, es gab keine Gaskammern‘. Soweit er die Beweise studiert und verstanden habe, würden diese dem widersprechen, ‚was heute gemeinhin als Holocaust bezeichnet wird‘. Er glaube, daß ‚200.000 bis 300.000 Juden in Nazi-Konzentrationslagern‘ gestorben seien, ‚aber nicht ein einziger‘ Jude sei seiner Auffassung nach ‚mit Gas in einer Gaskammer getötet‘ worden. Dem Bischof war bewußt auf welches gefährliches Terrain er sich mit dieser Aussage begeben hatte, noch dazu auf bundesdeutschem Boden (...) Angesichts der kaum zu überschauenden Widersprüchlichkeiten wäre der ‚Auftrag Untersuchung‘ überfällig. Es ist höchste Zeit, sich dieser brisanten Thematik mit präziser Wissenschaftlichkeit widmen zu dürfen, ohne ständig das drohende Damoklesschwert der Kriminalisierung im Nacken zu spüren. Dies gilt umso mehr, als die ‚Holocaust-Religion‘ längst zu einem der wichtigsten politischen Kampfmittel der Gegenwart geworden ist. Ist das der Grund, daß dieser Auftrag eben nicht erteilt wird?“²²⁴

Es wird der Eindruck vermittelt, dass es noch historisch ungeklärte Anhaltspunkte gäbe, welche die zur Schau getragene Skepsis rechtfertigen würden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Debatte über die Anzahl der tatsächlich ermordeten Juden.

„Bis 1990 war offenkundige Tatsache für deutsche Gerichte, dass von den 6 Millionen vergaster Juden 4 Millionen in Auschwitz umgebracht worden seien. Anschließend haben polnische Historiker erklärt, es seien um die 1 Million gewesen, darunter etwa 900.000 Juden. Die Zahlen sind später – von Nicht-Revisionisten – weiter nach unten revidiert worden.“²²⁵

223 Rednerveranstaltung des NPD-Landesverbandes Berlin in Berlin-Buckow, 08.05.2008 [PASTÖRS, Udo].

224 Deutsche Stimme 03/2009, S.23 [NORDBRUCH, Claus].

225 Deutsche Stimme 04/2007, S.8 [RIEGER, Jürgen].

„Die sechs Millionen kann nicht stimmen. Es kann maximal 340.000 in Auschwitz umgekommen sein. Da sagen zwar die Juden immer, auch wenn nur ein Jude umgekommen ist, weil der Jude ist, ist das ein Verbrechen. Aber es ist natürlich ein Unterschied, ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340.000. Das sage ich dann entsprechend wieder dagegen. Und dann ist auch irgendwann die Einmaligkeit dieses großen Verbrechens – angeblich eines großen Verbrechens – dann fällt auch die Einmaligkeit weg (...) Na gut, aber es wird keiner mich daran hindern, wenn ich im nächsten Deutschen Bundestag sitzen werde, was ich dort in einer freien Rede als Abgeordneter sage. Ich kann dafür noch nicht mal bestraft werden. Dann müssten sie erst die entsprechenden Gesetze ändern, das haben sie ja bis jetzt noch nicht gemacht haben.“²²⁶

2.2 Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus

Die revisionistischen Versuche einer Geschichtsumdeutung im Sinne der Rehabilitierung des historischen Nationalsozialismus belegen auf indirekte Weise die Wesensverwandtschaft der NPD zur NSDAP. Durch die Verherrlichung der Gewalt- und Willkürherrschaft der Nationalsozialisten, eine identitätsstiftend anmutende Glorifizierung ihrer führenden Repräsentanten und die Übernahme von Formen und Begrifflichkeiten zeigt sie diese Wesensverwandtschaft direkt.

2.2.1 Nationalsozialistische Diktion

Mit nationalsozialistischer Diktion ist gemeint, dass die NPD mittels der Verwendung bestimmter Symbole und Termini – im weitesten Sinne im Stil – ihre Nähe zur NSDAP bekennt. Eine symbolische Ausdrucksform ist z. B. der so genannte Hitlergruß, der in rechtsextremistischen Kreisen im Allgemeinen, aber auch in der NPD in kodierter Form angewendet wird. Gebräuchlich ist der Zahlencode „88“ für die Position der Buchstaben „HH“ im Alphabet. In diesem Sinne fordert die NPD einen Mindestlohn in Höhe von 8,80 Euro.²²⁷ Auf die Frage, ob er den Hitlergruß ablehne, äußert der Parteivorsitzende:

²²⁶ Fernsehmagazin „Report Mainz“, 10.12.2007 [VOIGT, Udo].

²²⁷ Aktionsprogramm Berlin, Punkt 4.8; Deutsche Stimme 7/2006, S.8.

„Ich halte es für übertrieben, dass derartige Dinge 60 Jahre nach Ende des Krieges verboten sind. Es soll jeder nach seiner Façon selig werden. Wissen Sie, ob jetzt einer den Kommunistengruß zeigt, die Faust, oder eben den Friedensgruß zeigt, die geöffnete Hand, in der er zeigt, dass da keine Waffe drin ist, das ist ja der Ursprung dieses Grußes, das ist mir eigentlich piepschnurzeigal.“²²⁸

Eine terminologische Ausdrucksform ist die – nicht nur syntaktische, sondern auch semantische – Verwendung von Wortstämmen wie „Reich“, von „Volk“ und „Gemeinschaft“ im direkten Zusammenhang oder von „national“ gemeinsam mit „sozial“. Die Begriffe werden wegen ihrer Konnotationen zum Nationalsozialismus bewusst in den politischen Wortschatz der NPD aufgenommen, um ihre Nähe zur NSDAP zu dokumentieren.

„Reich“

Die NS-Ideologie übernahm in ihren Anfängen die Formel vom „Heiligen Reich“, in Anlehnung an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Am 1. September 1933 verkündete Hitler, dass der von ihm geführte Staat ein Drittes Reich sei, das „tausend Jahre“ dauern werde. Die Reichsidee ist seitdem ein zentraler Topos antidemokratischen und antirepublikanischen Denkens. Die nationalsozialistische Reichskonzeption kennzeichnet nach innen eine neue antirepublikanisch-antidemokratische Ordnung und nach außen die Vorstellung von einem „Großdeutschland“ als territorialer Führungs- und Ordnungsmacht in Europa.

Die NPD will in diese Richtung zielende Assoziationen erzeugen, wenn sie Begriffe wie „Reichshauptstadt“²²⁹ statt „Bundeshauptstadt“ oder „Reichskanzlei“²³⁰ statt „Bundeskanzleramt“ verwendet. Weitere Belege:

Wenn wir von Reich reden, meinen wir (...) die Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches (...) Unser Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, um

228 Fernsehmagazin „Panorama“, 15.03.2007 [VOIGT, Udo].

229 Internetauftritt der NPD Bund, „Die Geschichte der NPD“, 05.12.2007.

230 Fernsehmagazin „Report Mainz“, 04.10.2004 [Voigt, Udo].

„Nationale Identität und nationale Solidarität sind die Pfeiler des sich erneuernden Deutschlands. Eines Deutschlands, welches ein auf der Solidaritätsgemeinschaft der deutschen Stämme begründetes neues Reich sein wird.“²³¹

„Volk steh auf und Sturm brich los! Es lebe Deutschland, es lebe das freie Deutsche Reich!“²³²

„Auch nach 64 Jahren ist in Deutschland der Reichsgedanke lebendig, allerdings nicht in der Weise einer Anhäufung von Landmasse und militärischer Omnipräsenz. Anders als bei unseren Nachbarn verbinden wir Deutsche damit eher innere Werte. Man dient nicht dem Besatzer, man verrät keinen Landsmann und Gesinnungskameraden, man akzeptiert nicht die gegen die eigene Nation gerichtete Geschichtsentstellung, man steht vielmehr seinem in der Existenz bedrohten Volk ohne wenn und aber zur Seite. Denn unser Volk, unsere Sprache, unser kulturelles Erbe sind das Reich, das wir, deren Festplatte nicht durch die Umerziehung gelöscht wurde, repräsentieren.“²³³

„Volk“ und „Gemeinschaft“

Der Gebrauch der Wortstämme „Volk“ und „Gemeinschaft“ im direkten Zusammenhang ist nationalsozialistisch kontaminiert. Er steht für den völkischen Kollektivismus der NSDAP in seiner nationalistischen bis rassistischen Ausprägung (siehe 1.1 Äußerungen gegen die Menschenrechte). Der aus den Wortstämmen zusammengesetzte Begriff der „Volksgemeinschaft“ hat eine antiliberalistische Tradition. Im Nationalsozialismus verstand man darunter eine – ethnisch homogene – Blut- und Schicksalsgemeinschaft, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft unterzuordnen waren. Die NPD weiß um diesen Zusammenhang, benutzt den Begriff aber trotzdem. Man sei keine Partei, „die etwas nur deshalb ablehnt, weil es dieses auch schon von 1933 bis 1945 gegeben“ habe. So sei auch die Idee einer „solidarischen Volksgemeinschaft grundrichtig“.²³⁴ Der NPD-Parteivorsitzende sieht in der „Volksge-

231 Internetauftritt der JN Schönebeck, 19.04.2006.

232 Rede auf einer Demonstration der „Initiative gegen das Vergessen“ in Magdeburg, 15.01.2005 [TEGETHOFF, Ralph].

233 Rede auf einer „Reichsgründungsfeier“ in Berlin, Internetauftritt der NPD LV Berlin, 23.01.2009 [RICHTER, Karl].

234 Argumente, S.68.

meinschaft“ die „beste Lebensform für ein gedeihliches Zusammenleben vieler Menschen“.²³⁵ Nur eine „Volksgemeinschaft der Tat“ könne künftige Herausforderungen „zum Wohle des Einzelnen durch das Wohl des Volksganzen“ meistern.²³⁶

„In der von uns angestrebten Volksgemeinschaft werden die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems überwunden werden.“²³⁷

„Wir haben keine Lust eines Tages in einer wertfreien, totalitären Demokratie aufzuwachen, die soziale Verantwortungen und Volksgemeinschaft nur aus den besseren Zeiten und Geschichtsbüchern kennt.“²³⁸

„Vielmehr versuchen wir, mit den uns gegebenen Möglichkeiten die Voraussetzungen für eine intensive Kameradschaft zu schaffen. Unser Trend geht zum gemeinschaftlichen Miteinander – zur Volksgemeinschaft aller Deutschen. Wir sind das neue Deutschland.“²³⁹

„Es müssen die sittlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Grundlagen für eine gesunde Volksgemeinschaft geschaffen werden.“²⁴⁰

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus.“²⁴¹

In einem Beitrag in einer Ausgabe des NPD-Pamphlets „Magdeburger Stadtspiegel“ greift der NPD-Landesvorsitzende Matthias HEYDER die „Volksgemeinschaft“ als „wahres Gebot unseres Volkes“ auf. Die meisten Diktaturen fordern die Unterordnung des Einzelnen unter die Gemeinschaft (Staat). Dies wird mit einem angeblich „höheren Ziel“ begründet. Unter der Dik-

235 Deutsche Stimme 3/2005, S.9 [VOIGT, Udo].

236 Internetauftritt des NPD-Bundesvorsitzenden, 22.06.2006 [VOIGT, Udo].

237 Nationaler Beobachter, JN-Papier „25 Thesen zum Nationalismus“, 16.05.2006.

238 Nationaler Beobachter, 31.03.2007.

239 Internetauftritt der JN Sachsen-Anhalt, „Junge Nationaldemokraten - Wer sind wir“, 31.03.2009.

240 SH-Stimme 21, S.3.

241 Parteiprogramm, Punkt 3.

tatur des Nationalsozialismus mussten sich die Einzelnen der „Volksgemeinschaft“ und der „arisch-germanischen Rasse“ unterordnen. Mit der nationalsozialistischen Parole „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“. Einen eigenen Wert (Menschenwürde) wurde dem Einzelnen abgesprochen.²⁴²

„national“ und „sozial“

Die Kombination der Adjektive „national“ und „sozial“ impliziert deren Aneinanderreihung zum Begriff „Nationalsozialismus“ abgeschwächt z. B. in der Form „sozial geht nur national“, „nationaler Sozialismus“ oder „sozialer Nationalismus“. Nach einem Urteil des OVG Magdeburg vom 7. August 2006 sind solche Begriffswendungen noch vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt, selbst wenn ein provokativer Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt werden kann.²⁴³ Davon unberührt bleibt die Feststellung, dass die NPD durch die Kombination der Termini ihre Wesensverwandtschaft zur NSDAP dokumentiert. Am folgenden Zitat von Joseph Goebbels mag ersichtlich werden, dass beide Begriffe, im Zusammenhang verwendet, eine zentrale Bedeutung für die NSDAP hatten: „Widersprechen sich nicht die Begriffe national und sozialistisch? Nein, im Gegenteil! Der wahrhaft nationale Mensch denkt sozialistisch, und der wahre Sozialist ist Nationalist!“²⁴⁴

über die schweren Aufgaben und die harte Arbeit, die auf die jungen Nationalisten zukommen wird. Aber auch über den Spaß und die Kameradschaft, die es im Kampf für Deutschland gibt. Er wies darauf hin, dass wir unser Land niemals der Unfreiheit dieses System überlassen werden und dass unsere Idee eines nationalen Sozialismus Freiheit und Gerechtigkeit für jeden Deutschen bedeutet.²⁴⁵

„Wir haben chauvinistische und altrechte Anfälle hinter uns gelassen und leben einen Befreiungsnationalismus, der sozialistisch ist im Wirtschaftlichen, national ist im Staatlichen, völkisch im Kulturellen und freiheitlich im Denken. Klare Grundsätze, die wir der

242 Vgl. „Magdeburger Stadtspiegel“, 2(2009), S. 5).

243 OVG des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2 M 268/06; 1 B 293/06.

244 Joseph Goebbels, Das kleine abc des Nationalsozialisten, Verlag Der Angriff, Berlin.

245 Nationaler Beobachter, 19.06.2007 [VALENTA, Philipp].

deutschen Jugend vermitteln, um diesen Staat dort zu treffen, wo es ihm wirklich weh tun wird, bei seiner Zukunft, bei seiner Jugend.“²⁴⁶

sonstiges

Bei einer Rednerveranstaltung bezeichnete Udo PASTÖRS die vor dem Veranstaltungsort versammelten Gegendemonstranten als „Ewig Gestrige“, welche dem untergegangenen Sozialismus und Kommunismus nachtrauerten. Er führte sinngemäß an, dass man diese „so genannten Demokraten“ doch in ein Ferienlager schicken sollte, wo man morgens 10 min nach 6 Uhr geweckt werden würde. An dem Tor des Lagers stehen dann die Worte „Arbeit ...“. Der Satz wurde durch den Redner nicht beendet, jedoch riefen die anwesenden Zuhörer einstimmig die Worte „...macht frei!“²⁴⁷

2.2.2 Verherrlichung von historischem Nationalsozialismus und Faschismus

Die NPD versucht der Desavouierung von Nationalsozialismus und Faschismus entgegen zu wirken, indem sie ihre politische Leistung historisch verklärt. Sie reklamiert politische Erfolge, wie die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ oder den „Autobahnbau“²⁴⁸, verweist auf einen damals noch vorhandenen Wert von „Familie, Kindern und der natürlichen Rolle der Frau“²⁴⁹ und charakterisiert das Dritte Reich als eine „Wohlfühldiktatur mit 95 Prozent Zustimmung“²⁵⁰. Im Sächsischen Landtag antwortete ein NPD-Abgeordneter auf die Nachfrage des Vertreters einer anderen Fraktion, ob sich die NPD von der Ideologie der NSDAP und Hitlers distanzieren würde, mit „warum sollten wir?“²⁵¹. Weitere Aussagen in diesem Zusammenhang:

246 Deutsche Stimme 12/2007, S.3 [SCHÄFER, Michael].

247 Rednerveranstaltung des NPD-Landesverbandes Berlin in Berlin-Buckow, 08.05.2008 [PASTÖRS, Udo].

248 Argumente, S.34.

249 Internetauftritt der NPD LV Bremen, „Brief an Eva Herman“, 13.11.2007

250 „Voigtlandanzeiger“, 17.05.2006 [LEICHSENRING, Uwe].

251 Debatte im Sächsischen Landtag im März 2006 [MENZEL, Klaus-Jürgen].

„1945 standen nicht nur ein paar Männer vor einem Pseudotribunal, sondern ein einzigartiger europäischer Lebensentwurf wurde vom Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt.“²⁵²

„Vor genau sechs Jahrzehnten ging das heroisch-tragische Abenteuer zu Ende. Die europäischen Faschismen wurden durch die Logik des auf dem Schlachtfeld augenblicklich Stärkeren in ihrer natürlich-geschichtlichen Entwicklung vorläufig gestoppt (...) Zum zweiten war der Tod führender Gestalten jenes nibelungischen Zeitalters zu konstatieren. Die führenden Männer, Hitler und Mussolini, endeten bekanntlich durch Freitod bzw. Mord. Einige allerdings starben bereits vorher, einige überlebten sogar (...) Die Sieger-Geschichtsschreibung hat sie fast alle als ‚Quislinge‘, ‚Kollaborateure‘, ‚Hochverräter‘ abgestempelt nach der bewährten Formel ‚Vae Victis!‘ (‚Wehe den Besiegten!‘). In Wirklichkeit standen diese Männer einschließlich ihrer Gefolgschaften für nationale Genesung, Errettung, Selbstverteidigung. Allen Unterschieden zum Trotz ging es ihnen um eine Abwehr des tyrannischen Bolschewismus einerseits und der liberalistischen Plutokratie andererseits.“²⁵³

„Eine Bewegung wie der Faschismus wird, auch wenn sie Millionen von Menschen umfaßt, in weitestgehendem Maße die persönliche Schöpfung ihres Führers bleiben und sein Gesicht tragen. Nur sein Wille gilt, und er allein trägt die Verantwortung. Ähnlich wie Adolf Hitler dem Nationalsozialismus hat der ‚Duce‘ dem Faschismus so sehr den Stempel seiner eigenwilligen und einzigartigen Persönlichkeit aufgedrückt, daß man ohne genaue Kenntnis des Werdegangs dieses ungewöhnlichen Mannes den Geist seiner Schöpfung kaum verstehen wird.“²⁵⁴

2.2.3 Glorifizierung von Repräsentanten des Dritten Reichs

Noch stärker als durch die Verherrlichung von historischem Nationalsozialismus ist die NPD durch die Glorifizierung und den teilweisen Personenkult um die führenden Repräsentanten dieser Diktatur geprägt. Im Mittelpunkt heroisierender Geschichtsverklärungen stehen dabei der „Führer“ Adolf Hitler und sein Stellvertreter Rudolf Heß. Der NPD-Landesverband Berlin

252 Internetauftritt der NPD Bund, Redetext, 22.10.2006; Jahresbericht LfV Schleswig Holstein 2006, S.22 [VOIGT, Udo].

253 Deutsche Stimme 2/2007, S.25 [SCHWARTZ, Mladen].

254 Deutsche Stimme 10/2007, S.21 [KELLER, Carlos].

fordert sogar die „Wiederaufnahme der Mitglieder der ermordeten oder in den Tod getriebenen letzten Reichsregierung in die Liste der Ehrenbürger (Berlins)“²⁵⁵.

Adolf Hitler

„Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann. Ich verkenne aber nicht, daß er letztlich die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands trägt.“²⁵⁶

„Nur ein großer Staatsmann kann große Verbrechen begehen (...) Hitler hat natürlich Phantastisches geschafft, er hat die Arbeitslosigkeit innerhalb von wenigen Jahren beseitigt (...) Der historische Nationalsozialismus kann für uns kein Vorbild sein. Hitler haben wir die größte Niederlage Deutschlands zu verdanken. Ich habe aber kein Verständnis, daß im Sinne der Political Correctness von jedem Politiker in Deutschland erwartet wird, sich nur in eine bestimmte Richtung zu äußern.“²⁵⁷

„Vorgegeben hat das natürlich der Führer. Er hat wahnsinnige Pflöcke eingerammt auf fast allen Gebieten, er ist ja ein Phänomen gewesen, dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch. Ich bewerte das jetzt nicht, ich stelle das nur fest.“²⁵⁸

„Ich halte den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann, vielleicht einen der größten, den wir je gehabt haben. Dazu stehe ich.“²⁵⁹

„Zum Führer stehe ich nach wie vor. Da gibt es kein Partout. Da hat sich nichts geändert. Wie sollte sich.“²⁶⁰

255 Aktionsprogramm Berlin, Punkt 3.5.2.

256 Printmagazin „Junge Freiheit“ 40/2004, S.2f [VOIGT, Udo].

257 Tageszeitung „Die Welt“, 12.02.2005 [VOIGT, Udo].

258 Printmagazin „Stern“ 37/2006, S.80 [PASTÖRS, Udo].

259 Fernsehmagazin „Kontraste“, 22.09.2005 [MENZEL, Klaus-Jürgen].

260 Fernsehmagazin „MDR aktuell“, 11.11.2006 [MENZEL, Klaus-Jürgen].

„Auf der einen Seite haben wir den Hitler, den wir durch die englischen Zeitungen, durch Hollywood kennen, auf der anderen Seite haben wir den Mann, den diese Leute (in der Umgebung Hitlers) erlebt haben – einen vollkommen anderen Hitler.“²⁶¹

Rudolf Heß

„Rudolf Hess war ein absoluter Idealist. Er ist für mich vergleichbar nach meiner Auffassung mit Gandhi.“²⁶²

Interviewfrage: „Sie sagen, die NPD schaue nicht zurück. Ihre Jugendorganisation aber feiert alljährlich Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß.“ Udo VOIGT: „Sie hat ein Recht, sich mit der eigenen Identität zu befassen und positive Beispiele aus der Geschichte wie Heß herauszusuchen. Er saß 40 Jahre unschuldig in Einzelhaft. Immerhin ist er nach England geflogen, um Frieden zu schaffen.“²⁶³

„Was hat man von Seiten der Alliierten nicht alles getan, um das Andenken an Rudolf Hess auszulöschen: ein halbes Leben lang, fast 46 Jahre, hat man ihn daran gehindert, das zu sagen, was er wußte; hat man ihn daran gehindert, sich frei und unzensiert zu den Vorwürfen zu äußern, die ihn und sein ganzes Volk stigmatisieren sollten und sollen (...) Ist etwa das Verlangen nach Aufklärung eines der niederträchtigsten und feigsten politischen Morde des 20. Jahrhunderts Heldenverehrung? Es ist eben nicht leicht, auf der persönlichen und politischen Weste von Rudolf Heß schwarze Flecken zu entdecken.“²⁶⁴

Zum Geburts- oder Todestag von Rudolf Heß werden regelmäßig Veranstaltungen rechtsextremistischer Personenkreise angemeldet. Dabei treten Funktionäre der NPD als Anmelder auf – z. B. Carola HOLZ²⁶⁵, Matthias HEYDER²⁶⁶, Jürgen RIEGER²⁶⁷ – oder werden auf unangemeldeten Veranstaltungen polizeilich festgestellt, z. B. Philipp VALENTA.

261 Deutsche Stimme 2/2005, S.3, S.21.

262 Fernsehmagazin „MDR Fakt“, 22.05.2006 [PASTÖRS, Udo].

263 Tageszeitung „Die Welt“, 12.02.2005 [VOIGT, Udo].

264 Internetauftritt der NPD LV Berlin, „Mord verjährt nicht“, 16.08.2007.

265 Schreiben des Ordnungsamt Landkreis Anhalt-Bitterfeld, „Aktivitäten zum 20. Todestag von Rudolf Heß“ v. 22.08.2007.

Horst Wessel

JN und „Freie Nationalisten“ aus Sachsen-Anhalt organisierten im Jahr 2009 mehrere Aktivitäten mit Horst-WESSEL-Bezug.

Am 27. Februar 2009 wurde in Magdeburg eine vom JN-Landesverband und dem NPD-Kreisverband Magdeburg organisierte Informationsveranstaltung unter dem Motto „Im Schatten großer Taten“ durchgeführt.²⁶⁸

Am 21.02.2009 versammelten sich spontan etwa 30 Rechtsextremisten, darunter der bekannte Neonazi Enrico MARX, zu einer Spontandemonstration in Sangerhausen. Sie führten ein Transparent mit der Aufschrift „Zum Gedenken der Ermordung Horst Wessels 23.02.“ mit.²⁶⁹

„Heldengedenken“

Zentral im Zusammenhang mit der Glorifizierung des Dritten Reichs und seiner Repräsentanten ist das überlieferte Bild des deutschen Soldaten. Die NPD wendet sich entschieden „gegen die Verteufelung von 17 Millionen deutschen Soldaten, die damals im besten Glauben für ihr Vaterland kämpften“²⁷⁰. Verteidigt wird nicht nur die Wehrmacht, sondern gerade auch die Waffen-SS und deren „Tapferkeit und Ritterlichkeit“.²⁷¹ Dagegen wird der Widerstand des 20. Juli 1944 herabgewürdigt und als „Landesverrat“²⁷² verunglimpft.

„In diesen Tagen wäre Oberst Graf v. Stauffenberg 100 Jahre alt geworden, wenn er nicht auf heimtückische Art und Weise als Generalstabsoffizier versucht hätte seinen obersten Befehlshaber heimtückisch und feige wegzubomben – dieser feige Deserteur von Stauffenberg, der nicht sein eigenes Leben riskierte, sondern vor der Explosion der Bombe feige verschwand, riskierte lieber das Leben seiner Kameraden. Stauffenberg

266 Schreiben des Ordnungsamt Harz, „Aktivitäten zum 20. Todestag von Rudolf Heß“ v. 21.08.2007.

267 RIEGER meldete für den 18. August 2007 eine Veranstaltung in Wunsiedel (Bayern) an, die verboten wurde.

268 Internetauftritt des JN-Landesverbandes, 05.02.2009.

269 Lagebericht der Polizeidirektion Süd, Nr. 7 (2009).

270 Argumente, S.33.

271 Argumente, S.33.

272 Parteiprogramm 11.

wird in diesem Staat heute als Märtyrer gefeiert. Wie krank das System mittlerweile ist, sieht man nicht nur daran, sondern vor allem daran, dass im Gegensatz zum Deserteur Stauffenberg die befehlsmäßig dienenden Truppenteile verachtet, verspottet und verleumdet werden. Kämpfende Einheiten, die übermenschliches im Kampf um die Verteidigung der Heimat leisteten, werden heute vergessen (...) Soldatengräber werden eingeebnet, Mahnmale werden geschleift und geschändet. Der deutsche Soldat von damals wird als Mörder, Terrorist und als deutsche Bestie dargestellt. Es sind in diesem Krieg Dinge geschehen, auch auf deutscher Seite, für die es keine Entschuldigung gibt. Aber ich sage euch Kameraden, wenn nur ein Hundertstel von dem wahr wäre, was uns heute vorgeworfen wird.⁴²⁷³

In diesem Sinne beteiligt sich die NPD an der Traditionspflege des nationalsozialistischen „Heldengedenkens“. Zur Erläuterung: Der nationalsozialistische „Heldengedenktag“ ersetzte den „Volkstrauertag“, der seit 1926 auf Initiative des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ zum Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges am zweiten Fastensonntag Reminiscere, dem fünften Sonntag vor Ostern, begangen wurde. 1939 ordnete Hitler an, den „Heldengedenktag“ auf den 16. März zu legen. Die Verbindung mit dem christlichen Kalender war damit gelöst, der ursprüngliche Sinn dieses Tages der Trauer verlagert worden. Die Flaggen wurden am „Heldengedenktag“ nicht mehr auf Halbmast, sondern nur noch auf Vollstock gesetzt. Gedacht wurde neben der Kriegstoten auch der beim Putschversuch 1923 ums Leben gekommenen Nationalsozialisten. 1952 wurde in der Bundesrepublik Deutschland wieder der „Volkstrauertag“ eingeführt, welcher am vorletzten Sonntag vor dem ersten Advent zum Gedenken an die Gefallenen beider Weltkriege und die Opfer des Nationalsozialismus begangen wird.

Rechtsextremistische Kreise versuchen unter Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären der NPD den „Heldengedenktag“ fortzuführen bzw. am „Volkstrauertag“ nationalsozialistische „Heldengedenken“ zu initiieren.

„An mehreren Orten gedachten volkstreue Kräfte in Schleswig-Holstein zum Heldengedenktag der gefallenen Soldaten. In einem Land, in dem die Ehre unserer Väter und Großväter mit Füßen getreten wird, sind Veranstaltungen wie diese dringend geboten.

Kein anderes Land der Welt verhält sich gegenüber den im Kampf für Volk und Vaterland gefallenen Soldaten so wie diese Bundesrepublik.²⁷⁴

„Trotz der schikanösen Vorgänge wurde am frühen Nachmittag ein ehrenvolles Heldengedenken traditionell auf einem Soldatenfriedhof im Stadtgebiet Halle durchgeführt. Neben freien Nationalisten waren erstmals auch Vertreter von NPD und JN anwesend. In den Reden wurde neben dem Gedenken an Millionen deutscher Opfer beider Weltkriege auch die Ehrung, der für Deutschland gefallenen Helden angemahnt. Gerade in unserer von einem rasenden Zerfall gekennzeichneten Gesellschaft, sei es wichtig diese Helden nicht zu vergessen. Sie sollen uns Ansporn und Vorbild an Tatenmut für unseren heutigen Kampf als politische Soldaten sein.“²⁷⁵

3. Aktiv kämpferische, aggressive Haltung

Eine Partei muss gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG „darauf ausgehen“, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Sie ist, laut Bundesverfassungsgericht, nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie einzelne Bestimmungen, ja ganze Institutionen des Grundgesetzes ablehnt. Eine Verfassungswidrigkeit ist selbst dann noch nicht gegeben, wenn eine Partei die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihnen andere entgegensetzt.

„Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen; sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.“²⁷⁶

Es herrscht Einigkeit, dass ein solches Tätigwerden rechtlich unterhalb der Schwelle eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne von § 81 StGB anzusiedeln ist, und dass Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG nicht erst den gewaltsamen Umsturz und seine Vorbereitung erfasst; verbale bzw. programmatische Aggressivität genügt.²⁷⁷

274 SH-Stimme 20, S. 8.

275 Internetauftritt der JN Sachsen-Anhalt, 20.11.2006; LKA Sachsen-Anhalt, Lagebild November 2006.

276 BVerfGE 5, 85 [141].

277 Klein, Rn. 536.

„Hier wird ein konkretes Unternehmen im Sinne des § 81 StGB nicht erfordert, dagegen muss der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt sein, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist. Sie muss außerdem so weit in Handlungen (das sind u. U. auch programmatische Reden verantwortlicher Persönlichkeiten) zum Ausdruck kommen, dass sie als planvoll verfolgtes politisches Vorgehen der Partei erkennbar wird.“²⁷⁸

Auch die Beweggründe der Partei sowie das Bewusstsein verfassungswidrigen Handelns sind irrelevant.²⁷⁹ Selbst auf den Grad der Wahrscheinlichkeit einer Realisierung der verfassungswidrigen Zielsetzung soll es nach der bisherigen Rechtsprechung nicht ankommen.²⁸⁰

Die Gegnerschaft der NPD und ihrer Anhänger zu den wesentlichen Verfassungsprinzipien ist nicht bloß Bestandteil eines theoretisch abstrakten Meinungsstreites, sondern findet ihren Ausdruck in der aktiven Bekämpfung der Verfassungsordnung. Die NPD verfolgt ihre Ziele in einer Weise, die über eine originäre Rolle als Wahlpartei in einem demokratischen Repräsentativsystem weit hinaus reicht. Es geht ihr nicht um Reformen, wie sie für das politische Leben in der Demokratie üblich und notwendig sind, sondern sie verfolgt planvoll und kontinuierlich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Stattdessen strebt sie eine eigene totalitäre Herrschaft an.

Die Belege dafür werden weitgehend auf Grundlage der NPD-eigenen „Kampfbegriffe“ beschrieben bzw. basieren auf nachweisbaren Äußerungen und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder und Anhängerschaft. Letzteres betrifft insbesondere ihr Verhältnis zur Gewalt.

3.1 Strategische Fragmente und ihre operative Umsetzung

Auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft verfolgt die NPD verschiedene Strategien, die sich im Spannungsverhältnis von bürgerlich-evolutionärem und sozial-revolutionärem Habitus bewegen. Sie versucht den Spagat zwischen dem Marsch in die gesellschaftliche Mitte und der möglichst umfassenden Einbindung weiterer rechtsextremer Organisationen und Milieus. Exemplarisch dafür sind das Konzept der „völkischen Graswurzelrevolution“ und die so ge-

278 BVerfGE 5, 85 [142].

279 Klein, Rn. 528.

280 BVerfGE 5, 85 [143].

nannte Vier-Säulen-Strategie des „Kampfes um die Köpfe“, „die Straße“, „die Parlamente“ und „den organisierten Willen“.

3.1.1 „Völkische Graswurzelrevolution“

Die „völkische Graswurzelrevolution“ ist ein Konzept, mit dem die NPD – ausgehend von einer lokalen Verankerung in den Kommunen Ostdeutschlands – in die Mitte der Gesellschaft vordringen will. Das Ziel ist, gesellschaftliche Probleme vor Ort aufzugreifen und sich als Interessenvertreterin der ethnisch deutschen Bevölkerung, insbesondere des sprichwörtlichen „kleinen Mannes“, zu gerieren. Auf diese Weise will man den „vopolitischkulturellen Raum“ besetzen, der dem Gewinn politischer Macht immer vorausgehe.²⁸¹

„Durch eine alltagsnahe Themenwahl und seriös-ziviles Auftreten kann sich die nationale Opposition glaubhafter denn je als einzige Interessenvertreterin deutscher Menschen präsentieren und so Stück für Stück geistig-kulturelles Terrain erobern.“²⁸²

Es wird angenommen, in den neuen Bundesländern dafür einen fruchtbaren Nährboden zu finden. Die „Mitteldeutschen“ seien „geistig keine Bundesrepublikaner geworden, sondern diesem volksfeindlichen System politisch fremd geblieben“. Bei dem „Marsch in die Mitte des Volkes“ sei „Mitteldeutschland“ das „Treibhaus“ einer Entwicklung, die „mit einer gewissen Verspätung auch den Westen erreichen“ werde. Die nationale Achse Dresden-Berlin-Schwerin werde die geistig-kulturellen Fundamente des Systems unterspülen und das ganze gesellschaftliche Klima renationalisieren.²⁸³

„In Mitteldeutschland findet eine geräuschlose völkische Graswurzelrevolution statt. Mit einem moderaten Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es Nationalisten vielerorts zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die Systemkräfte dem Volk immer mehr entfremden.“²⁸⁴

281 Internetauftritt der NPD, 27.03.2006 [GANSEL, Jürgen].

282 Deutsche Stimme 07/2006, S.11 [GANSEL, Jürgen].

283 Internetauftritt der NPD, 20.09.2006 [GANSEL, Jürgen].

284 Internetauftritt der NPD, 20.09.2006 [GANSEL, Jürgen].

Ein „modernisierter Nationalismus“ verlasse die „Ghettobezirke der Gesellschaft“ und stoße in deren Mitte vor. Und das nicht etwa, weil er sich „inhaltlich entradikalisiert und dem System angepaßt“ habe, sondern weil sich die Mehrheit der Deutschen radikalisiert und „dem System entfremdet“ hätte.²⁸⁵

3.1.2 Drei- bzw. Vier-Säulen-Strategie

Die NPD verfolgt seit dem Amtsantritt von Udo VOIGT 1996 eine Drei-Säulen-Strategie, des „Kampfes“ um „die Köpfe“, „die Straße“ und „die Parlamente“, die darauf hinweist, dass ihre Ziele über eine originäre Rolle als Wahlpartei weit hinausreichen. Der „Kampf um die Köpfe“ ist diskursorientiert und zielt auf die Einspeisung von Themen in die mediale Öffentlichkeit. Der „Kampf um die Straße“ ist aktionsorientiert und gilt vordergründig der Mobilisierung ihrer Anhängerschaft zu Demonstrationen und Großveranstaltungen im öffentlichen Raum. Der „Kampf um die Parlamente“ beinhaltet die eigentliche Rolle einer Partei bei der Konkurrenz um Wählerstimmen in der politischen Arena. Im Jahr 2004 ist dieser Mehrfachstrategie eine vierte Säule hinzugefügt worden, der synergieorientierte „Kampf um den organisierten Willen“. Ziel ist dabei, alle „nationalen Kräfte“ zu bündeln und sich selbst an die Spitze einer solchen Bewegung zu setzen.

„Kampf um die Köpfe“

Die verschiedenen Konzepte sind zum Teil antagonistisch. Besonders deutlich wird das am Gegensatz des aktionsorientierten „Kampfes um die Straße“ und dem diskursorientierten „Kampf um die Köpfe“, wie dieser im eher taktisch motivierten und später zurückgenommenen „Abgrenzungsbeschluss“ zu den „Schwarzen Blöcken“ zum Ausdruck kommt. Mit dieser Aussage ist jedoch keine Absage an eine revolutionäre Politik verbunden, sondern wird lediglich eine andere Form ihrer Umsetzung angestrebt.

„Das auf außenstehende Betrachter beängstigende und damit abstoßende Äußere ist nach unserer Auffassung kein Ausdruck revolutionären Handelns (...) revolutionäre Überzeugungsarbeit schafft man allein dadurch, daß man in die Köpfe der breiten Mas-

²⁸⁵ Internetauftritt der NPD, 27.03.2006 und 20.09.2006 [GANSEL, Jürgen].

se des Volkes eindringt, dort die Ketten der Umerziehung sprengt und so den befreiten und wiederbelebten Geist für die nationale und soziale Revolution mobilisiert, die unserem Volk seine Freiheit zurückgibt und seinen Fortbestand sichert.“²⁸⁶

Beim „Kampf um die Köpfe“ nimmt die Nutzung von Medien zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts die zentrale Stellung ein. Die NPD verfügt über einen eigenen Verlag, die „Deutsche Stimme“, der unter dem selben Namen monatlich eine überregional erscheinende Zeitschrift mit einer geschätzten Auflage von 21.000 Exemplaren herausgibt. Äußerlich einer Tageszeitung gleichend werden inhaltlich einschlägige politische Themen bearbeitet, wobei regelmäßig und großräumig Spitzenfunktionäre der Partei zu Wort kommen. Der gewachsenen Bedeutung „Neuer Medien“ wird durch die Internetauftritte der Partei und ihrer Untergliederungen Rechnung getragen (www.npd.de). Als eine zielgruppenorientierte Strategie der Öffentlichkeitsarbeit sind die in verschiedenen Bundesländern hergestellten und verbreiteten Schülerzeitungen anzusehen. Ab Mai 2007 tauchten nacheinander die Publikationen „Schinderhannes“ (Rheinland-Pfalz), „Rechts vor Links“ (Saarland), „Perplex“ (Sachsen), „Jugend rebelliert“ (Sachsen-Anhalt), „Brennessel“ (östliches Brandenburg) und „Stachel“ (Berlin und Brandenburg) auf, für die NPD und JN gemeinsam verantwortlich zeichnen. Der Erfolg ist beschränkt: Die Auflagenzahl (10.000 bis 30.000) wird vermutlich überhöht angegeben. Eine landesweit flächendeckende Verteilung ist jeweils nicht gelungen.

„Kampf um die Straße“

Der „Kampf um die Straße“ kanalisiert Aktivitäten einerseits in Richtung besonders wahrnehmbarer Formen der Mobilisierung zu Demonstrationen und Großveranstaltungen im öffentlichen Raum, andererseits – und neuerdings verstärkt – mit dem Ziel, an lokale Themen und bürgerliche Protestformen anzuknüpfen. Bei ihren Aktionen versucht die NPD den Spagat zwischen der Zusammenarbeit mit anderen Kräften der rechtsextremistischen Szene sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen – und setzt sich damit zwangsläufig der Diskussion um gewalttätige Formen des Protestes aus. Die Diktion vom „Kampf um die Straße“ impliziert eine gewaltsame Durchsetzung von Hegemonieansprüchen der NPD bzw. ihrer Anhänger im öffentlichen Raum sowie eine Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols. Dazu gehört u. a. das

²⁸⁶ Internetauftritt der NPD Bund, „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“, 15.8.2007.

Konzept „national befreiter Zonen“. Die praktische Umsetzung dieser Strategie wird im Punkt 3.2.1 „Volksfront von rechts“ erläutert.

„Kampf um die Parlamente“

Der Begriff des „Kampfs um die Parlamente“ ist selbsterklärend. Die NPD hat bei der letzten Bundestagswahl 2005 mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen zwar den Einzug in den Bundestag verpasst, aber ihr vorheriges Ergebnis (0,4 Prozent 2002) deutlich verbessert und die Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Im September 2006 erzielte sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 7,3 Prozent das beste Resultat seit der Landtagswahl 2004 in Sachsen (9,2 Prozent). Sie verfügt nun über Abgeordnete in zwei Landtagen. Aufgrund dieser jüngsten Wahlerfolge fühlt sich die Partei in ihrem Konzept bestätigt und strebt laut eigenen Aussagen unmissverständlich an, 2009 in den Deutschen Bundestag einziehen zu wollen.

„Das Konzept, sich erst regional zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Nur so kann mittelfristig der gebündelte Angriff nationaler Kräfte auf die noch hart verteidigten etablierten Bonzen-Bastionen des Westens erfolgen.“²⁸⁷

„Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück, Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin Dresden, wird es uns gelingen die Republik aufzurollen. Auf dass es uns gelingen wird im Jahre 2009 auch den Reichstag in Berlin endlich für die volkstreuere Opposition zu gewinnen.“²⁸⁸

„Kampf um den organisierten Willen“

Der „Kampf um den organisierten Willen“ erweitert den strategischen Rahmen der NPD über die eigenen Organisationsstrukturen hinaus. Er zielt auf Synergieeffekte durch Zusammenarbeit der organisierten und freien Kräfte innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums. Ihrem Charakter nach ist diese Strategie eher in informellen Netzwerkbeziehungen angelegt, wobei

287 Aussage am Abend der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, Internetauftritt des NPD-LV Mecklenburg-Vorpommern, 18.09.2006 [VOIGT, Udo].

288 Internetauftritt des NPD-LV Mecklenburg-Vorpommern, 19.09.2006.

momentan zwei Formen der Kooperation im Vordergrund stehen. Mit der „Volksfront von rechts“ wird eine Vernetzung mit Kameradschaften und freien Kräften angestrebt; im Zuge des „Deutschlandpaktes“ sollen Wahlabsprachen mit anderen rechtsextremistischen Parteien die gegenseitige Konkurrenz verhindern.

Damit verfolgt die NPD das Ziel, eine „deutsche Volksbewegung“ zu schaffen, die die „Kräfte des Aktiv-Potentials und der finanziellen Ressourcen“ bündelt. Es soll eine „Wahlplattform“ nach dem Vorbild der „Nationalen Front in Frankreich“ entstehen.²⁸⁹

3.2 Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Milieus

Wie bereits angedeutet, erweitert die NPD mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ ihre Strategie über die eigenen Organisationsstrukturen hinaus. Sie erhofft sich Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen und Milieus. In Folge der Kooperation mit den „freien Kräften“ in der „Volksfront von rechts“ und der Verhinderung von Konkurrenz durch andere rechte Parteien aufgrund des „Deutschlandpaktes“ nimmt die NPD mittlerweile eine zentrale Position innerhalb der rechtsextremistischen Szene Deutschlands ein. Sie hat sowohl aus den aktionsorientierten Milieus wie auch aus dem Lager der konkurrierenden Parteien Mitglieder für sich gewinnen können. Nicht zuletzt durch die logistische Unterstützung einer über die eigene Mitgliedschaft hinaus reichenden Anhängerschaft bei Wahlkämpfen ist es ihr gelungen, die früheren Wahlergebnisse auf Kommunal- und Landesebene zu verbessern.

3.2.1 „Volksfront von rechts“

Die NPD und weite Teile der neonazistischen Kameradschaftsszene haben sich seit dem gescheiterten Verbotsverfahren im Jahr 2003 wieder stärker aufeinander zu bewegt. Inzwischen sind beide Lager unter der Losung „Volksfront von rechts“ eng miteinander verflochten. Der Nutzen ist beiderseitig. Zum einen unterstützt die NPD Veranstaltungen der rechtsextremistischen Kameradschafts- und Musikszene, indem sie sich als Demonstrationsanmelderin oder Konzertveranstalterin zur Verfügung stellt. Zum anderen profitiert die Partei selbst, indem sie

²⁸⁹ Internetauftritt der NPD Bund, 28.03.2006 [VOIGT, Udo].

sich für junge ungebundene, aktionsorientierte und subkulturell geprägte Rechtsextremisten attraktiv macht. Im Gegenzug kann sie auf deren Unterstützung bei Parteiveranstaltungen und Wahlkämpfen bauen. Mittlerweile sind viele ehemals lose organisierte Kräfte in die NPD eingetreten und in Bundes- und Landesvorständen der NPD wie auch der JN vertreten, oftmals sogar als deren Vorsitzende. Unter der Überschrift „Sieg der Volksfront! – Eine Bewegung werden!“ nennen die drei Wegbereiter des Eintrittes von Neonazis in die NPD – Thomas WULFF, Thorsten HEISE, Ralph TEGETHOFF – die NPD den „parteipolitischen Arm der Bewegung“.²⁹⁰ Die Bündelung der Kräfte in der NPD könne nur eine Phase in einer vorrangig außerparlamentarischen „Bewegung“ sein.

„Was wir hier in den letzten Wochen lesen ist die Einigung der Kräfte auf dem parlamentarischen Flügel der Gesamtbewegung. Dass es dort zum Teil erhebliche Unterschiede zur Sichtweise der außerparlamentarischen Kräfte gibt, dürfte vollkommen klar sein. Die Bündelung der Kräfte der parlamentarischen Parteienarbeit werden voraussichtlich nur zeitlich begrenzt sein und für die eigentliche Gesamtbewegung den Zweck haben, durch Wahlerfolge eine größere Breitenwirkung der außerparlamentarischen Kräfte zu ermöglichen.“²⁹¹

„Eine Partei kann im politischen Kampf ein Werkzeug sein. Eine Partei ist wie jedes Werkzeug ein Hilfsmittel. Ein Hilfsmittel das dazu dienen soll, sein eigentliches Ziel zu erreichen und auch gepflegt werden soll, solange es nützlich ist.“²⁹²

„Die JN müssen das Bindeglied sein zwischen der Mutterpartei und den radikaleren Kräften in Deutschland. Wir müssen dafür sorgen, daß das Bündnis zwischen einsichtigen und konstruktiven Gruppen außerhalb der NPD und dem parlamentarischen Arm der Bewegung bestehen bleibt. Auch wenn das heißt, daß wir die NPD öfters mal daran erinnern müssen, wo sie her kommt.“²⁹³

290 Deutsche Stimme 10/2006, S.12 [WULFF, Thomas; HEISE, Thorsten; TEGETHOFF, Ralph].

291 Internetauftritt „Eine Bewegung werden“, „Wo bitte geht’s zur Volksfront?!“, 08.11.2004 [WULFF, Thomas].

292 Infoportal, 24.08.2007.

293 Deutschen Stimme 12/2007, S.3 [SCHÄFER, Michael].

Die NPD bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen legaler Parteiarbeit und der Gewaltaffinität des kameradschaftlich oder gar nicht organisierten neonazistischen Lagers. Sie schwankt zwischen Distanzierung und Annäherung.

„Die NPD steht weiter zum Schulterschluss mit allen parteiunabhängigen Nationalisten, die ihrerseits zu einer konstruktiv-partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der NPD bereit sind.“²⁹⁴

„Einer der ersten Redner war der Parteivorsitzende Udo VOIGT, der einleitend außer seinen Parteifreunden und den parteifreien Nationalisten ausdrücklich auch die Anhänger des Schwarzen Blocks begrüßte. Kurz darauf machte er für die Misshelligkeiten zwischen Partei und diesem Block die Medien verantwortlich.“²⁹⁵

Eine Zusammenarbeit zwischen der NPD und freien Kräften findet auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene statt. Die nachfolgenden Ausführungen basieren lediglich auf den Erkenntnissen aus allgemein zugänglichen Quellen. Die intensive Verzahnung ließe sich nur durch die Offenlegung nachrichtendienstlich erlangter Informationen weiter verifizieren.

Berlin

Der Landesverband Berlin steht allein schon durch die Lebensläufe einiger Vorstandsmitglieder für das Konzept der „Volksfront von rechts“. Der Landesvorsitzende BRÄUNIGER war Funktionär der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und hat durch seine persönlichen Verbindungen in die Kameradschafts- und Musikszene zahlreiche neue Mitglieder für die Partei und insbesondere ihre Jugendorganisation gewinnen können. Sein Stellvertreter Jörg HÄHNEL ist Mitglied in mehreren rechtsextremistischen Organisationen (u. a. „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ und „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft e. V.“). Beide sind wegen Gewaltdelikten vorbestraft. Nicht zuletzt aufgrund ihres Einflusses sind Führungskader der ge-

294 Infoportal, 10.09.2007.

295 Internetauftritt von Altermedia Deutschland, 19.09.2007 [WORCH, Christian].

waltbereiten „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) maßgeblich am Aufbau von Stützpunkten der JN beteiligt.

„Die Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft bindet auch solche Personen in den nationalen Freiheitskampf ein, die sich bislang als unpolitisch bezeichneten. In diesem Sinne haben wir in Berlin gute Kontakte zu vielen unterschiedlichen Gruppierungen.“²⁹⁶

„Die NPD ist unser Weg, wir reichen aber allen die Hand, die außerhalb der Partei mit uns nach vorne schreiten wollen.“²⁹⁷

Der Landesverband Berlin unterstützt einerseits Veranstaltungen des Kameradschafts- und Musiknetzwerks, andererseits versucht er ungebundene Kräfte für eigene Aktivitäten zu gewinnen. So geschehen z. B. beim Berliner Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2006, als diese u. a. Schutzfunktionen an Wahlkampfständen übernahmen oder bei der Verbreitung von Werbematerial halfen. Die Verbundenheit mit dem subkulturell geprägten rechtsextremistischen Musiknetzwerk zeigte sich exemplarisch an der Organisation der Demonstration „Freiheit für Lunikoff“ am 21. Oktober 2006 durch die NPD. In Verbindung mit einem Konzert sorgte diese für einen Mobilisierungserfolg von 750 Teilnehmern. „Lunikoff“ ist der Spitzname für den Sänger der ehemaligen rechtsextremistischen Band „Landser“, Michael REGENER, deren Mitglieder im Dezember 2003 vom Berliner Kammergericht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden. REGENER ist außerdem Mitglied der NPD und gilt als Anführer der rechtsextremistischen Kameradschaft „Vandalen“. Umgekehrt ist die NPD auf der seit 2003 jährlich mit mehreren hundert Teilnehmern von den „Freien Kräften Berlin“ (FKB) durchgeführten Demonstration „Jugend braucht Perspektiven – für ein nationales Jugendzentrum“ mit dem Bundes- und dem Landesvorsitzenden auf der Rednerliste vertreten. Parallel dazu hat die NPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Auf der Homepage des „Nationalen Widerstand Berlin“, der zentralen Internetplattform „Autonomer Nationalisten“ in Berlin, heißt es in einem Artikel: „Dass das Verhältnis der Berliner

296 Deutsche Stimme 1/2006, S.11 [BRÄUNIGER, Eckart].

297 Internetauftritt der NPD KV Berlin-Pankow, 10.01.2008 [HÄHNEL, Jörg].

Freien Kräfte zur NPD, im Gegensatz zur Lage in Deutschland, sehr gesund ist, zeigte nicht nur der am Mittwoch veröffentlichte Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin. Da wir von allen Seiten versuchen unser gemeinsames Ziel, die Umgestaltung Deutschlands, zu erreichen, ist eine gute Zusammenarbeit selbstverständlich. Auch gerade weil in Berlin von Partei-seite auf jegliche Spaltungsversuche und Hetze gegen Autonome Nationalisten verzichtet wird.²⁹⁸

Bremen

Auch der Bremer Landesverband unterstützte von Beginn an das Volksfront-Konzept, öffnete sich für die Neonazi- und Skinheadszene und besetzte Positionen im Landesverband und den Kreisverbänden durch deren führende Vertreter.

Der Landesverband führte am 4. November 2006 in Bremen eine vom Landesvorsitzenden angemeldete Demonstration zum Thema „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze – Kein deutsches Geld für fremde Interessen“ durch.²⁹⁹ Zusammen mit Bremer Skinheads und Neonazis initiierte die Bremer NPD das „Bremer Bündnis – keine Gewalt“, das im Januar 2007 mit einer Kundgebung zum Thema „Kindesmisshandlung“ unter dem Motto „Der Fall Kevin – Warum wollt ihr nicht kapieren, Kindermörder kann man nicht therapieren“ in Bremen-Osterholz an die Öffentlichkeit trat.³⁰⁰ Des Weiteren veröffentlichte der Bremer Landesverband auf seiner Homepage einen Artikel des amtsbekannten Rechtsextremisten Markus PRIVENAU gegen einen Moscheebau in Hamburg-Bergedorf, in dem der Islam als Feind im Inneren Deutschlands diffamiert wird.³⁰¹

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz bekennen sich die parteiungebundenen Kräfte ebenfalls zur Zusammenarbeit mit der NPD.

„Das Aktionsbüro Rhein-Neckar versteht sich als Zusammenschluss vieler Freier Nationalisten (...) und bekennt sich klar zum Nationalen Sozialismus mit all seinen Forderungen

298 Internetauftritt des „Nationalen Widerstand Berlin“, 31.05.2008.

299 Internetauftritt der NPD LV Bremen, 04.11.2006.

300 Internetauftritt des „Bremer Bündnis Keine Gewalt“, 17.01.2007

301 Internetauftritt der NPD LV Bremen [PRIVENAU, Markus], 13.11.2007

gen. Wir arbeiten eng mit der NPD zusammen, solange sie uns in unserer weltanschaulichen Forderung und unserer zielgerichteten Propagandaarbeit nicht beschneidet bzw. eingrenzt. Dies ist bisher nicht der Fall (...) Wir leben in der Rhein-Neckar Region die Volksfront zwischen Freien Kräften und der NPD. Sicherlich gibt es Einzelne die da (noch) nicht mitziehen, aber das ist keine nennenswerte Personenzahl.³⁰²

Die praktische Umsetzung dieses Bekenntnisses erweist sich u. a. an der Teilnahme der „Kameradschaft Zweibrücken-Pfalz“ an einer von der NPD organisierten Doppeldemonstration in Pirmasens und Zweibrücken unter dem Motto „Es gibt keine gerechte Globalisierung“. Während des Demonstrationzuges skandierten die Teilnehmer u. a. „Wer Deutschland nicht liebt soll es verlassen“ oder „Hier marschiert der nationale Widerstand“.³⁰³ Der Kreisverband Koblenz hielt für ein Mitglied der ehemaligen „Kameradschaft Westerwald“, welches sich noch in Haft befindet, eine Mahnwache.³⁰⁴ Außerdem unterstützt man sich gegenseitig bei Internetauftritten.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt wird das Ziel einer Zusammenarbeit von parteigebundenen und ungebundenen Kräften von beiden Seiten bei verschiedenen Anlässen immer wieder bekräftigt, so auch auf dem Landesparteitag am 2. Dezember 2006:

„In Sachsen-Anhalt und besonders im Raum Harz sind wir als Nationaldemokraten in Verbindung mit den Freien Kameradschaften und der DVU eine ernstzunehmende politische Kraft.“³⁰⁵

„Der neue Landesvorstand wurde aufgefordert, die Volksfront mit den freien Kräften unbedingt zu stärken. Auf den zukünftigen Landesvorstandssitzungen hat im öffentlichen Teil immer ein Vertreter der freien Kräfte Rederecht.“³⁰⁶

302 Infoportal, 21.08.2007.

303 Internetauftritt der NPD KV Südwestpfalz, 07.08.2007.

304 Fax der Polizei, AB-Mittelrhein, 18.10.2007.

305 Internetauftritt www.server100.de, 10.03.2006 [HEYDER, Matthias].

306 Internetauftritt der NPD KV Burgenland, 05.12.2006.

„Besonders beachtenswert war die Rede des Vertreters der Freien Nationalisten Andreas BIERE, die alles andere als eine Schmuserede war. Er nutzte dieses Treffen aller NPD-Untergliederungen aus Sachsen-Anhalt um ganz klar über die bestehenden Probleme im Ausbau der Volksfront zu sprechen (...) So gab es mehrere Anträge im Bezug auf die Zusammenarbeit von NPD, JN und freien Kräften, die umgesetzt wurden. Ein Höhepunkt dürfte aber die Einbeziehung freier Kameraden bei jedem öffentlichen Teil von Landesvorstandssitzungen sein (...) Das Land hat es bitter nötig und der Erfolg in einigen Regionen gibt dem eingeschlagenen Kurs des gemeinsamen Kämpfens von NPD, JN und freien Nationalisten auch Recht.“³⁰⁷

BIERE ist stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Magdeburg und kann als eine der herausragenden Persönlichkeiten innerhalb der rechtsextremistischen Szene im Raum Magdeburg bezeichnet werden. Er ist zudem Angehöriger der „Kameradschaft Magdeburg“ und deren Nachfolgeorganisationen „Freie Nationalisten Magdeburg“ sowie „Freie Sozialisten Magdeburg“.

Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt antwortete auf die Frage, welche Erkenntnisse ihm über Verbindungen bestimmter Kameradschaften zu anderen rechten Organisationen vorlägen, dass die Kameradschaft „Ostara“ Kontakte zur NPD unterhält und die „Wernigeröder Aktionsfront“ (WAF) zu NPD und JN.³⁰⁸ Die Kameradschaft „Ostara“, die sich ursprünglich „Ostara-Skinheads“ nannte, wird seit etwa zehn Jahren von Enrico MARX geführt, der als eine zentrale Figur der rechtsextremistischen Szene im Süden des Landes Sachsen-Anhalt gilt. Er gibt das Fanzine „Ostara“ heraus und produziert unter dem Label „Staatsfeind-Records“ (früher: „Barbarossa Records“) rechtsextremistische Musik. Inzwischen fungiert er als Leiter des JN-Stützpunktes Sangerhausen. Seine ebenfalls in der Kameradschaft aktive Lebensgefährtin Judith ROTHE ist Mitglied im Landesvorstand von NPD und JN sowie stellvertretende Bundesvorsitzende im „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Beide sind wegen Gewaltdelikten vorbestraft. Bei der inzwischen aufgelösten WAF handelte es sich um einen als bandenartig zu charakterisierenden Personenzusammenschluss, dem 20 bis 30 Personen zugerechnet wurden. Die Gruppierung war als gewaltbereit einzustufen, da sie gezielt Auseinandersetzungen mit Personen des linksextremistischen Spektrums in Wernigerode herbeigeführt hatte. Zu ihren führenden Mitgliedern zählte u. a. der derzeitige JN-Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER.

307 Nationaler Beobachter, 08.12.2006.

308 Antwort auf die Kleine Anfrage KA 4/7148 „Rechtsextremistische Kameradschaften im Land Sachsen-Anhalt“.

Auch der derzeitige JN-Landesvorsitzende Philipp VALENTA verfügte über enge Verbindungen zu den freien Kräften in Schönebeck.³⁰⁹

Umgekehrt wurden durch NPD-Funktionäre bei der Polizeidirektion Dessau wiederholt Versammlungen angemeldet, wobei rechtsextremistische Kameradschaften und ähnliche Gruppierungen aus den Bereichen Aken, Dessau, Wittenberg und Köthen als Mitveranstalter und Unterstützer auftraten.³¹⁰ Exemplarisch verdeutlicht werden die engen Bindungen der Partei ins rechtsextremistische Lager insbesondere an dem von einer „Initiative gegen das Vergessen“ jährlich in Magdeburg durchgeführten Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Für die Veranstaltung am 13. Januar 2007 fungierten laut Vorankündigung im Internet folgende Organisationen und Gruppen als Unterstützer: „Freie Nationalisten Altmark West“, NPD Sachsen-Anhalt, NPD Salzwedel, JN Magdeburg, JN Sachsen-Anhalt, JN Halle, JN Wernigerode, JN Schönebeck, JN Sangerhausen, JN Bernburg, JN Staßfurt.³¹¹ Als Anmelder tritt der o. g. Andreas BIERE auf.

Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein findet eine Zusammenarbeit von parteigebundenen und ungebundenen Kräften statt. Auf der Internetseite des Kreisverbandes Kiel/Plön werden Propagandamaterialien des neonazistischen „Aktionsbüro Norddeutschland“ zum Download angeboten. Ausdrücklich sollten diese Vorlagen auch für die öffentliche Darstellung der NPD verwendet werden.³¹² In einem Bericht über die Protestmärsche anlässlich des G8-Gipfels heißt es:

„Nur 30 Kilometer weiter, im schleswig-holsteinischen Lauenburg, formierte sich zur gleichen Zeit ein Protestzug von etwa 200 NPD-Mitgliedern und freien Nationalisten, die überwiegend aus Schleswig-Holstein kamen, am Busbahnhof (...) NPD-Mitglieder und freie Nationalisten hingegen haben deutlich bewiesen, daß sie gemeinsam zeitgleich dutzende spontane Aktionen durchführen können, ohne dass unsere Gegner diese nennenswert behindern kann!“³¹³

309 Nationaler Beobachter, 16.01.2006.

310 Mitteilung der Polizei vom 01.02.2008.

311 Internetauftritt NPD Sachsen-Anhalt, 08.01.2007

312 Jahresbericht der LfV SH 2006, S.42.

313 SH-Stimme 23, S. 4f.

3.2.2 „Deutschlandpakt“

NPD und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) haben im Januar 2005 einen „Deutschlandpakt“ zur Vermeidung konkurrierender Wahlantritte beschlossen. D. h., dass bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen künftig jeweils nur eine der beiden Parteien antritt. Dabei werden der jeweils nicht antretenden Partei Listenplätze angeboten.

Für das Wahlkampfmaterial zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2006 zeichneten NPD und „Freie Kräfte“ gemeinsam mit der DVU verantwortlich. Führende Parteimitglieder der DVU traten auf der Landesliste der NPD in Berlin an und sind inzwischen teilweise zur NPD gewechselt. Es kann darüber hinaus von einer wahlstrategischen Absprache mit den „Republikanern“ (REP) ausgegangen werden, da NPD und REP 2006 in keinem Berliner Bezirk gegeneinander antraten. Der damals stellvertretende Landesvorsitzende der „Republikaner“ in Berlin ist inzwischen ebenfalls in die NPD übergetreten.

3.2.3 Internationale Kontakte

Die NPD pflegt in zunehmendem Maße auch internationale Kontakte. So veröffentlicht sie auf ihren Webseiten unter der Überschrift „Befreundete ausländische Parteien“ Verweise zu einer Internetpräsenz der „European National Front“ (Europäisches Bündnis nationalistischer Parteien), die aus verschiedenen extremistischen Parteien und Vereinigungen gebildet wird. Mitglieder sind auch die durch gesonderte Einzelverweise hervorgehobenen „La Falange“ (FE, Spanien), „Forza Nuova“ (FN, Italien), „Noua Dreapta“ (ND, Rumänien), „Patriotische Allianz“ (PA, Griechenland). Weiterhin werden erwähnt die „Partido Nacional Renovador“ (PNR, Portugal) und ein „Bulgarischer National Bund“ (BNS, Bulgarien). Dass diese Kontakte nicht nur virtueller Art sind, zeigt sich z. B. daran, dass auf dem Pressefest des „Deutschen Stimme“-Verlags am 5. August 2006 in Sachsen u. a. José Fernando Cantalapiedra (Vorsitzender der „La Falange“) und Dimitris Zafiropulos (Generalsekretär der „Patriotischen Allianz“) als Redner angekündigt waren.³¹⁴ Auf Einladung der „Patriotischen Allianz“ Griechenlands nahm eine Delegation der Partei zuvor am großen Marsch europäischer Nationalisten in Athen teil. Udo Voigt hielt dort eine Rede.³¹⁵ Unter der Überschrift „Langandauernde Waffenbrüderschaft und

³¹⁴ Deutsche Stimme 3/2006, S.15.

³¹⁵ Deutsche Stimme 3/2006, S.11.

Freundschaft“ berichtet die „Deutsche Stimme“ außerdem über die Fahrt einer „NPD-Delegation zu Veranstaltungen der spanischen Falange in Madrid“.³¹⁶

Internationale Kontakte bestehen aber nicht nur zu anderen Parteien, sondern auch zu anderen – und zum Teil in Deutschland verbotenen – rechtsextremistischen Organisationen. So beteiligten sich am 8. September 2007 in Jena rund 1.600 Personen an einem vom Kreisverband Jena angemeldeten „Fest der Völker“, bei dem zahlreiche rechtsextremistische Bands und Redner aus Deutschland und dem europäischen Ausland auftraten. Neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo VOIGT sprachen u. a. der Auslandsreferent der „Nationalpatriotischen Front“ Russlands („Pamjat“), Alexander KAMKIN, Zsolt ILLES von „Blood & Honour“ Ungarn, Stephen SWINFEN von „Blood & Honour“ England sowie der österreichische Neonazi Gottfried KÜSSEL. Musikbeiträge gab es von den Skinbands „Conflict 88“ (Tschechien), „Brutal Attack“ (England) sowie „Sleipnir“. Der NPD-Bundvorsitzende VOIGT und der Berliner Landesvorsitzende BRÄUNIGER nahmen 2007 am „Tag der Ehre“ in Ungarn teil. Mit der Veranstaltung ehrte die ungarische Sektion der international agierenden und in Deutschland verbotenen Skinheadgruppierung „Blood & Honour“ die ungarischen und deutschen Angehörigen der Waffen-SS-Einheiten, die Budapest zum Ende des Zweiten Weltkrieges gegen die Rote Armee verteidigten. Diese Veranstaltung wurde überwiegend von Neonazis und gewaltbereiten Rechtsextremisten besucht.

3.3 Verhältnis zur Gewalt und Straftaten von Mitgliedern

Durch Äußerungen, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele offen legitimieren oder zumindest legitim erscheinen lassen, durch verbale Drohgebärden und durch die Begehung politisch motivierter Straftaten durch ihre Mitglieder und Anhänger wird deutlich, dass die NPD das Funktionieren der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigen und diese im weiteren Verlauf beseitigen will.

³¹⁶ Deutsche Stimme 1/2007, S.13 [PÜHSE, Jens].

3.3.1 Sprachliche Militanz, Befürwortung von Gewalt

Aussagen der Partei bzw. maßgeblicher Funktionäre lassen in ihren Angriffen auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Repräsentanten weiterhin eine bis zur Militanz reichende aktiv kämpferische, aggressive Diktion erkennen. Wenngleich sich die Parteiführung in ihren offiziellen Stellungnahmen regelmäßig gegen Gewaltanwendung ausspricht, verlassen maßgebliche Protagonisten der NPD oftmals die „offizielle Linie“ und belegen in ihren Äußerungen erneut das nach wie vor ambivalente Gewaltverständnis der Partei.

Neben Gewalt eindeutig befürwortenden Aussagen existieren noch eine Reihe von Zitaten, die bewusst in einer Grauzone zur offenen Bekundung von Gewaltbereitschaft liegen. Im Zusammenhang mit der planvollen Durchsetzung von politischen Zielen der NPD ist etwa die Rede von „Angriff“, „Sturm“, „den letzten Stoß geben“, „das faule Bein ab(hauen)“ und „entsorgen“.

„Revolutionär heißt für uns den Angriff auf die bestehenden Verhältnisse.“³¹⁷

„(...) die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“³¹⁸

„Kämpft! Nur wer kämpft hat die Chance auf Sieg. Und wenn wir zur Macht gelangen, dann besteht darin auch die Verpflichtung jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen und heute noch uns frech ins Gesicht grinsen. Also, liebe herrschende Klasse, seht euch vor, denn wer Wind sät, wird Sturm ernten. Lasst uns Sturm sein!“³¹⁹

„Ihr seid aufgerufen, als politische Soldaten und volkstreuere Einsatzkräfte tagtäglich an euch zu arbeiten, Vorbild zu sein, diszipliniert (zu) sein, euch sportlich (zu) stählen (...) Wie im preußischen Freiheitskrieg von 1813. Volk steh auf und Sturm brich los!“³²⁰

317 Aktivist 1/2007, S.4.

318 Internetauftritt der JN Bund, „Revolution statt Reform - Vorwärts zur deutschen Revolution!“, 10.10.2006.

319 Rede auf einer Demonstration in Rathenow, 16.06.2007 [PASTÖRS, Udo].

320 Rede auf einer Demonstration der „Initiative gegen das Vergessen“ in Magdeburg, 15.01.2005 [TEGETHOFF, Ralph].

„Lieber Genosse Stegner, wer Wind sät, wird Sturm ernten, und Sie müssen sich besonders warm anziehen, um zukünftig nicht vom Sturm der Entrüstung hinweggefegt zu werden.“³²¹

„Es bedarf eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt ein marodes System hinwegzufegen.“³²²

„Die nationale Opposition in Deutschland ist aufgestanden und sie ist angetreten, ein niedergehendes System der Lüge und Heuchelei, der sozialen Ausbeutung (...) den letzten Stoß zu geben!“³²³

„Sie können nur etwas wegstreichen, wenn sie es bekämpfen. Ich glaube, dass wir sehr viele krankhafte Keime in unserem Staatswesen haben. Wenn du Wundbrand kriegst und noch irgendwie Kraft hast, dann nimm dir ein Beil und hau dir das faule Bein ab. Weg damit! Man muss das gesund schneiden.“³²⁴

„Verbrauchte, überlebte Regime können ungleich schneller und im Normalfall auch ‚unblutiger‘ entsorgt werden als unter totalitären Vorzeichen.“³²⁵

„Solange aber das System uns, wenn auch eingeschränkt, die Möglichkeit gibt den politischen Weg zu bestreiten, solange distanzieren wir uns von Terrorismus als Mittel der Systemüberwindung.“³²⁶

Michael REGENER alias „Lunikoff“ war führender Kopf der – in rechtsextremistischen Kreisen über Kultstatus verfügenden – Musikgruppe „Landser“. REGENER wurde wegen seiner überwiegend menschenverachtenden und zu Gewalttaten aufrufenden Texte als Mitglied einer kriminellen Vereinigung verurteilt und musste eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen.

321 SH-Stimme 25, S.15 [LEMKE, Jörn].

322 Deutsche Stimme 05/2006, S. 8 [KNOP, Ingmar].

323 Rede auf einer Demonstration der „Initiative gegen das Vergessen“ in Magdeburg, 15.01.2005 [WULFF, Thomas].

324 Printmagazin „Stern“ 37/2006, S.82 [PASTÖRS, Udo].

325 Nation&Europa 2/2005, S.? [RICHTER, Karl].

326 Internetauftritt der NPD KV Mainz-Bingen, 11.05.2007.

REGENER ist NPD-Parteimitglied, und die NPD veranstaltete für ihn sogar eine Solidaritätsveranstaltung mit etwa 750 Teilnehmern. Dort trat auch der Parteivorsitzende auf und lobte den Inhaftierten für dessen Einsatz für sein Vaterland.³²⁷ Textbeispiele von „Landser“:

Lied „Kreuzberg“: „Gibt’s überhaupt noch eine Medizin für Kreuzberg, Kreuzberg? 100000 Liter Strychnin für Kreuzberg, Kreuzberg. Haut das Zeug ins Leitungswasser rein. Dann geht die ganze Bande ein, wenn wir unsere schöne Stadt befreien.“

Lied „Bomberpilot“: „Wir stellen die Auserwählten zum letzten entscheidenden Schlag. Wir halten Gericht, ihre Weltmacht zerbricht, das wird unser stolzester Tag! Hört ihr die Motoren singen: Ran an den Feind? Hört ihr die Motoren singen: Ran an den Feind? Bomben, Bomben, Bomben auf Israel. Shalom!“

Liedtext „ZASong“: „In Rostock und Hoyerswerda und bald im ganzen Land, da kämpfen deutsche Skinheads, den Molli in der Hand (...) Refrain: Und das Asylheim brennt.“

Des Weiteren belegen noch einige Stellungnahmen zu historischen Ereignissen die Gewaltakzeptanz der NPD, u. a. zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie Walther Rathenau. So forderte NPD-Bundesvorstandsmitglied Jörg HÄHNEL die Umbenennung eines öffentlichen Platzes in Berlin nach dem Luxemburg/Liebknecht-Attentäter und verehren NPD-Mitglieder noch heute regelmäßig die Mörder von Rathenau.

„So oder so, dem bolschewistischen Terror war durch die entschlossene Tat vom 15. Januar 1919 (Ermordung von Luxemburg/Liebknecht) die entscheidende Stoßkraft genommen. Das Reich konnte sich langsam von den Wirren der Niederlage und des Chaos befreien, wenn gleich auch nicht gesunden. Waldemar Pabst, der übrigens nie Nationalsozialist war, als Wahrer der Rechtsstaatlichkeit und der Ordnung zu bezeichnen, ist absolut gerechtfertigt. Er nahm die Bürde auf sich, welche die Reichsregierung scheute. Wäre jene Zeit von Männern seines Schlages geprägt worden, so hätte sich eine stabile Gesellschaft mit einer Identifizierung von Regierung und Regierten bilden können, was angesichts von Versailles, Erfüllungspolitik, Unentschlossenheit, Unfähig-

³²⁷ Rede auf der Demonstration „Freiheit für Lunikoff“ in Berlin, 26.10.2006 [VOIGT, Udo].

keit und Verbonzung nicht möglich war. Mithin wäre dann auch dem Nationalsozialismus jegliche Grundlage entzogen gewesen. Doch gerade der bolschewistische Terror und die Tatenlosigkeit der Weimarer Regierungen, die sich exemplarisch im Januar 1919 zeigte, trieben das Volk Hitler in die Arme, der Ordnung, Arbeit und Sicherheit nicht nur versprach. Waldemar Pabst zu ehren ist ein Zeichen für ein objektives Geschichtsverständnis, das nicht durch ideologische kommunistische Einseitigkeit geprägt ist. Wir beantragen daher, einen Platz nach ihm zu benennen. Warum gerade den heutigen Anton-Saefkow-Platz? Niemand käme auf den Gedanken (oder noch nicht?) einen Platz nach den Terroristen der RAF zu benennen. Auch Saefkow säße heute vermutlich wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung in Stammheim oder bei Lunikoff in Tegel ein.³²⁸

Der NPD-Landesverband Berlin meldete für den 13. Januar 2008 in Berlin-Mitte eine Demonstration zum Thema „Gegen das Vergessen – Freikorps für Deutschland“ an. In pro-vokativer Absicht sollte diese Veranstaltung in zeitlicher und örtlicher Nähe zum jährlichen Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stattfinden. Zusammen mit einigen Verlautbarungen im Vorfeld der Veranstaltung wurde von der zuständigen Versammlungsbehörde festgestellt, dass „die Veranstaltung objektiv den Erklärungswert (hat), dass die Ermordung beider Politiker gebilligt wird.“³²⁹

Nachdem eine geplante Demonstration zum selben Thema von der Versammlungsbehörde verboten wurde, kündigte der Kreisverband 3 der Berliner NPD auf ihrer Homepage für den 11. Januar 2008 eine Rednerveranstaltung zum Thema „Gegen das Vergessen – Freikorps für Deutschland“ an. Die Veranstaltung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dazu heißt es in Referenz an die Täter: „Während alljährlich das ewig gestrige Lumpenproletariat seiner erschossenen Anführer gedenkt, werden die Namen deutscher Freikorpsoldaten verpönt, ihre Taten geschmäht und ihr Opfer verleugnet.“³³⁰

328 Internetauftritt NPD LV Berlin, „Ehrung für Waldemar Pabst“, 15.12.2007 [HÄHNEL, Jörg].

329 Verbotsverfügung des LKA Berlin, 20.12.2007.

330 Internetauftritt NPD Kreisverband 3 (Tempelhof-Schöneberg) Berlin, 08.01.2008.

„Die pensionierte Pastorin Saalecks konnte es nicht ertragen, daß sich Jahr für Jahr junge Menschen nach Saaleck auf den Weg machten, zweier Männer wegen, die sich mit ihrem Blut in die Annalen der Nation eingeschrieben haben (...) Die Attentäter gehörten einem elitären Männerbund an, dem an dem warmen Stallgeruch der Volksgemeinschaft wenig gelegen war. Die kalte klare Luft des revolutionären Nationalismus umweht – damals wie heute – den Einzelnen, nicht die Herde. Wie formulierte Hermann Ehrhardt, der Kapitän, nachdem er seine beiden Männer unter die Erde bringen ließ? ‚Recht oder Unrecht, Erfolg oder Nichterfolg – es waren Helden, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, nur getragen von dem Gedanken «Hilf Deinem Volk! Hilf Deinem Vaterland!» Den Edlen zeichnet es aus, daß er sterben kann. Der Unedle brandmarkt sich dadurch, daß er nicht sterben mag.‘ Ein strenges Wort, dessen Sinn dem Saaleck Besucher, der sich gedanklich in den Kategorien von Nutzen und Gewinn bewegt, auf immer verschlossen sein wird. Dagegen kann der, der die staubigen Wege hinauf zur Burg mit offenem Herzen geht, genau da auch Gewißheit finden. Weit mehr, als es jede Rationalität zu erfassen vermag, wird die suchende Seele hier eines größeren Schicksals gewahr, in dessen unerbittlicher Konsequenz im Jahre 1922 zwei Männer auf Saaleck für ihre Ideale gestorben sind. Ob sie gerade in Walther Rathenau, der als Außenpolitiker das Deutsche Reich nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges wieder zu einem Faktor der europäischen und internationalen Politik machen wollte und als Weichensteller einer deutsch-russischen Annäherung galt, den Richtigen traf, bleibt dem politischen Standpunkt des Beobachters vorbehalten.“³³¹

3.3.2 Politisch motivierte Kriminalität von Mitgliedern

Neben der verbalen Bekundung von Gewaltbereitschaft in Form einer militanten Sprache manifestiert sich die aktiv kämpferische, aggressive Haltung der NPD auch in den vor allem politisch motivierten Straftaten ihrer Mitglieder und Anhänger. Straftaten werden als politisch motivierte Kriminalität eingestuft, wenn in der Würdigung der Umstände der Tat und bzw. oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie:

A. den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Ent-

³³¹ „Taschenkalender des nationalen Widerstands 2007“, Deutsche Stimme Verlag, Riesa 2006 (ohne Seitenangabe).

scheidungen richten,

B. sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder richten,

C. durch Anwendung von Gewalt oder Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

D. gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen ein Objekt richtet.³³²

Auf eine Darstellung von politisch motivierten Straftaten, die von Mitgliedern, Anhängern oder Sympathisanten der NPD begangen wurden, muss in dieser Publikation aus Rechtsgründen verzichtet werden.

³³² Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt, 18.06.2004, S.5.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
Aktionsprogramm	„Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland.“ NPD Parteivorstand (Hrsg.), Internetauftritt der NPD Bund.
Aktionsprogramm Berlin	„Programm zur Abgeordnetenhauswahl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands.“ NPD Landesverband (Hrsg.) Berlin, 2006.
Aktivist	„Der Aktivist“. Publikationsreihe des JN-Bundesvorstands.
Argumente	„Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung.“ NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2. Auflage, 2006 (1. Auflage 2005).
bnr	„Blick nach rechts“. Publikationsreihe der „vorwärts“-Verlagsgesellschaft.
Deutsche Stimme	„Deutsche Stimme“. Publikationsreihe des Deutsche Stimme Verlags.
Infoportal	Infoportal Rhein-Neckar-Main der „Aktion Widerstand“. Internetauftritt.
Klein	„Grundgesetz-Kommentar“. Klein in Maunz/Dürig, 38. Lieferung, Art. 21.
Mündige Bürger	„Jetzt reicht's! Informationen für mündige Bürger“. Publikationsreihe des NPD Bundesvorstands.
Nation&Europa	„Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“. Publikationsreihe des „Nation&Europa“-Verlags.
Nationaler Beobachter	„Nationaler Beobachter“. Internetauftritt.
Parteiprogramm	„Parteiprogramm. Nationaldemokratische Partei Deutschlands.“ NPD Parteivorstand (Hg.), 10. Auflage, Dezember 2004.
SH-Stimme	„Schleswig-Holstein-Stimme“. Publikationsreihe des NPD-LV Schleswig-Holstein.
Streinz	„GG-Kommentar“. Streinz in von Mangoldt/Klein/Starck, 5. Auflage, Art. 21.

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie	3
1 Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung	4
1.1 Äußerungen gegen die Menschenrechte	5
1.1.1 Völkischer Kollektivismus, aggressiver Nationalismus	7
1.1.2 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus	12
1.1.3 Antisemitismus	21
1.2 Äußerungen gegen demokratische Institutionen und Akteure	25
1.2.1 Revolutionäre Überwindung des „Systems“, Anstreben eines „anderen Staates“	25
1.2.2 Ablehnung von Parteien und Parlamentarismus	32
1.2.3 Diffamierung des Rechtsstaats	36
1.2.4 Delegitimierung der Bundesrepublik Deutschland und des Grundgesetzes	42
2 Verhältnis zur Gewalt- und Willkürherrschaft des Nationalsozialismus	45
2.1 Revisionismus	45
2.1.1 Grenzrevisionismus	47
2.1.2 Leugnung bzw. Relativierung deutscher Kriegsschuld	49
2.1.3 Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust	51
2.2 Wesensverwandschaft mit dem Nationalsozialismus	56

2.2.1	Nationalsozialistische Diktion	56
2.2.2	Verherrlichung von historischem Nationalsozialismus und Faschismus	61
2.2.3	Glorifizierung von Repräsentanten des Dritten Reichs	62
3	Aktiv kämpferische, aggressive Haltung	67
3.1	Strategische Fragmente und ihre operative Umsetzung	68
3.1.1	„Völkische Graswurzelrevolution“	69
3.1.2	Drei- bzw. Vier-Säulen-Strategie	70
3.2	Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Milieus	73
3.2.1	„Volksfront von rechts“	73
3.2.2	„Deutschlandpakt“	81
3.2.3	Internationale Kontakte	81
3.3	Verhältnis zur Gewalt und Straftaten von Mitgliedern	82
3.3.1	Sprachliche Militanz, Befürwortung von Gewalt	83
3.3.2	Politisch motivierte Kriminalität von Mitgliedern	87
	Abkürzungsverzeichnis	89
	Impressum	92

Impressum

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
Halberstädter Straße 2, 39112 Magdeburg
Tel.: 0391 567-5504
Fax: 0391 567-5519
E-Mail: pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de
Verantwortlich: Martin Krems, Pressesprecher

Erstellt unter Beteiligung der Innenressorts der Länder
Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein